

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

181 (6.8.1918)

Volkstreu und

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M., 1/4jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M. wochenweise.

Ausgabe: Montag mittags, Geschäftszeit: 1/8-1/11 u. 2-1/6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzangabe billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/8 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Clond George über den Wirtschaftskrieg.

Karlsruhe, 6. August.

Clond George, vor dem Krieg leidenschaftlicher Vorkämpfer des Freihandels, hat sich im Krieg nicht nur zu einem Schutz-zoll-System, sondern zu einem richtigen Prohibitivsystem bekehrt, einem System, das darauf ausgeht, durch gewalttätige Hindernisse das Emporkommen eines Wettbewerbs im Keim zu unterdrücken. England wendet dieses Prohibitivsystem im Krieg gegen Deutschland als seine furchtbarste Waffe an, die Wiederherstellung des Friedens müßte aber logischerweise auch den Verzicht auf die Anwendung dieses Kampfmittels in sich schließen. Der englische Ministerpräsident hat indes einer Abordnung von 200 Großindustriellen erklärt, daß von einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands nach dem Kriege gar keine Rede sein könne. England und seine Verbündeten würden die Kontrolle der Rohstoffe in ihrer eigenen Hand behalten und damit die für den Krieg geschaffene Genossenschaft als wirtschaftliche Kampfgenossenschaft gegen Deutschland weiter wirken lassen.

Die ungeheure Bedeutung dieser Frage kann keinem entgehen, der sich noch nicht daran gewöhnt hat, die Welt nach nur militärischen Gesichtspunkten zu beurteilen. In der sozialdemokratischen Presse ist stets darauf hingewiesen worden, welche Macht der Entente durch die Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen der Welt gegeben ist. Wer diesen entscheidend wichtigen Gesichtspunkt fest im Auge behält, der kann nur lächeln über die Meinung der Leute, die da glauben, Deutschland könne durch Einberaubung von 10 und 100 Quadratkilometer angrenzenden Landes Entschädigung für seine Kriegsverluste gewinnen. Viel mehr als um Elb-Rathen, Pommern, Litauen usw. geht dieser Krieg um Kupfer und Petroleum, Zinn und Baumwolle, Güte und Palmkerne. Auch Kongow und Brisy mit ihren Eisenerzen würden uns wenig nützen, wenn wir dafür von den andern wichtigen Rohstoffen der Welt abgeperrt blieben.

Eine landläufige Theorie geht dahin, man müsse den Gegner durch militärische Erfolge zur Aufgabe seiner wirtschaftsfriegerischen Pläne zwingen. Die Ueberführung dieser Theorie in die Praxis ist aber die vollständige Niederknüpfung der gesamten gegen uns verbündeten Welt voraus. Für den Fall, daß diese Niederknüpfung nicht gelang, eröffnen sie uns die trostlose Aussicht einer dauernden Wirtschaftsklavererei.

Eine andere Meinung geht dahin, man müsse durch dauernde Beherrschung des Ostens sich für das Schicksal halten, was im Westen verloren geht. Nun sind die Rohstoffquellen Ostlands zweifellos gewaltig und durch Pflege in ihrer Ertragsfähigkeit noch außerordentlich zu steigern. So lange aber der Krieg nicht zu Ende und im Osten nicht irgend eine geordnete Ordnung hergestellt ist, bleiben uns die russischen Rohstoffe beinahe so gut gesperrt, als wenn zwischen ihnen und uns eine englische Blockade flöte läge. Ob aber eine dauernde Beherrschung des Ostens durch Deutschland möglich sein wird, hängt wieder vor allem vom Ausgang des Weltkriegs ab, die dauernde Beherrschung hat wiederum die restlose Niederknüpfung der feindlichen Weltkoalition zur Voraussetzung, in welchem Fall wir ja dann nicht mehr auf die östlichen Rohstoffe angewiesen werden, sondern über die westlichen genau so gut verfügen könnten.

Die Lage wäre also für Deutschland höchst bedenklich, wenn nicht in allen Dingen mit dem Wirtschaftskrieg ein ganz gewaltiges Stück Ueberrettung läge. Sider hat die Erfahrung bewiesen, daß dort, wo die Bedürfnisse des Warenverkehrs allmächtig wurden, auch die höchsten Schutzollmauern kein absolutes Hindernis bilden konnten. Die Welt wird aber zu ihrem Wiederaufbau nach dem Kriege die deutschen Fabrikanlagen und die deutsche Arbeitskraft sehr notwendig brauchen. Wenn alle Engländer, Mann und Frau, Tag und Nacht arbeiten würden, so könnten sie den Bedarf des englischen Weltreichs an Industrieprodukten noch immer nicht decken. Der Kaufmann, der Lieferungsaufräge erhält und keine englischen Waren austreiben kann, wird notgedrungen zu deutschen greifen, er wird daher auch daran interessiert sein, daß Deutschland mit allem versehen wird, was es zur Produktion nötig hat.

Wir brauchen also vor der Drohung mit dem Wirtschaftskrieg keineswegs erschreckt in die Knie sinken, sondern können uns damit trösten, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gesacht wird. Andererseits: kann der angeordnete Wirtschaftskrieg auch Deutschland nicht zur Strecke bringen, so kann er doch den wirtschaftlichen Aufbau nach dem Kriege in hohem Grade erschweren. Wir tun also am besten, ruhig zuzugeben, daß die Engländer in der Beherrschung der Rohstoffquellen ein sehr beachtenswertes Machtmittel in der Hand haben, das bei künftigen Friedensverhandlungen schwer ins Gewicht fallen wird. Soweit Deutschland nicht imstande ist, den Zugang zu den Rohstoffquellen zu erzwingen, wird es ihn durch anderweitige Zugeständnisse erkaufen müssen. Das muß das wichtigste Ziel sein, erst den Krieg, dann aber die Verhandlungen so zu führen, daß Deutschland als völlig gleichberechtigter Mitbewerber in der Weltwirtschaft daraus hervorgehen. Alle Grenzfragen, soweit es sich um geplante „Sicherungen“ und „Anhebnungen“ handelt, sind gegenüber dieser Hauptfrage wahre Kinderreihen.

Der Sieg Longuets.

Der Sieg der von Longuet geführten Linken im Nationalrat der französischen Sozialisten ist zweifellos ein Ereignis von weitreichender Bedeutung. Der Sieger selbst schreibt in seinem „Populaire“, es sei kein Zweifel mehr möglich, daß der ihm so günstige Beschluß des Nationalrats die Absichten der großen Arbeiter- und Bauernmassen des Landes zum Ausdruck bringe. Der kommende Nationalkongreß (den Renaudel in der „Humanité“ anruft) könne den heißen Wunsch der Massen auf den Völkerverfrieden und die Wiederherstellung der Internationale nur mit neuer Kraft bestätigen.

Mittlerweile hat der Nationalrat auch wirklich beschlossen, den Nationalkongreß der Partei als letzte Instanz binnen zwei Monaten einzuberufen, um die Politik der Partei endgültig festzulegen.

Es läßt sich voraussehen, daß die Vorbereitung dieses Parteitags von heftigen Kämpfen begleitet sein wird, die nur äußerlich und mühsam festgehaltene Einheit der französischen Partei aufs schwerste gefährden dürften.

Der Streit, der in Frankreich ausgefochten wird, dreht sich nicht um die Kreditbewilligung. Was die Minderheit fordert, das ist eine geraltlich auf den Verständigungsfrieden gerichtete, aber die Landesverteidigung in keiner Weise in Zweifel ziehende Politik. Darum werden imperialistische Kriegsziele verworfen, wird die Intervention der Entente in Rußland mißbilligt, wird auf der Erteilung von Auslandsanleihen zu einer internationalen Konferenz bestanden. Das alles sind aber Dinge, die auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gar keinen Streit hervorgerufen würden. In Frankreich streitet man sich über Dinge, über die wir hier ganz einig sind, ist sich aber im wesentlichen einig über Dinge, über die wir hier streiten.

Darum ist es keine Einmischung in fremde Angelegenheiten, wenn wir unserer Hoffnung Ausdruck geben, daß der Nationalkongreß den Beschluß des Nationalrats bestätigen möge. Auch wir sind Gegner aller Eroberungen hüben und drüben, auch wir wollen den Verständigungsfrieden, den wir am liebsten durch eine internationale Sozialistenkonferenz vorbereiten möchten. Wir hegen die Zuversicht, daß auf einer solchen Konferenz alle, die guten Willens sind, zu der Erkenntnis gebracht würden, daß die deutsche Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, ihre alten internationalen Grundzüge zu verleugnen. Sie wird sich nie dazu mißbrauchen lassen, imperialistischen Machzielen der Ententebourgeoisie Vorpann zu leisten, sie ist jeden Tag bereit, sich mit den Arbeitervertretern aller Länder zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen, die die Herstellung eines dauernden, die Lebensrechte aller Völker achtenden Weltfriedens zum Ziele hat.

Jean Longuet, der Sohn von Charles Longuet und Jenny Marx, ist ein echter Internationaler, man begreift den Schmerz der französischen Nationalisten, diesen Enkel von Karl Marx an der Spitze der sozialistischen Partei zu sehen. Aber „France Libre“, das Organ der national überhöhten Borewne-Thomas-Gruppe, ist entschieden im Irrtum, wenn sie jähreibt, die Politik der nationalen Verteidigung habe eine schwere Schlappe erlitten. Die Politik der nationalen Verteidigung ist von der internationalen Linken nie verleugnet worden. Diese denkt ebensowenig daran, bedenkliche Experimente mit der Landesverteidigung zu machen, wie die deutsche Sozialdemokratie.

Der Beschluß des französischen Nationalrats ist um so höher zu bewerten, da er zu einer Zeit gefaßt wurde, in der ein großer Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs den nahen Zerschmetterungssieg über Deutschland propheeten zu dürfen glaubte. So darf er auf keinen Fall als ein Aufschwungssymptom aufgefaßt werden innerhalb einer Nation, die nur deshalb den Frieden will, weil sie sich des Erlöschens ihrer Kraft bewußt ist. Siegte die Linke nicht nur in der Partei, sondern in ganz Frankreich und in der ganzen Entente mit ihren Anhängungen, dann wäre die Zeit zu einem ehrlichen Verständigungsfrieden da, keineswegs aber die Zeit, um die imperialistischen Früchte eines „deutschen Machtfriedens“ zu pflücken. Es wird gut sein, wenn man sich in Deutschland dessen klar bewußt ist.

Einberufung des Sozialistenkongresses.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalaus.“ aus Genf wurde der französische Sozialistenkongreß zum 6. Oktober nach Paris einberufen. Nach Provinzmeldungen wurden die großen Verbände notwiegend Longuets Friedensprogramm geneigte Vertreter entsenden.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 5. Aug. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsausflug.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der Front zwischen Ypern und südlich von Montdidier nahm die Feuerartillerie am Abend zu und blieb auch die Nacht hindurch lebhaft. In Flandern nördlich von Albert und beiderseits der Somme wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. Nördlich von Montdidier nahmen wir unsere auf dem West-

ufer der Aisne und des Donbaches stehenden Kompagnien, ohne feindliche Mitwirkung hinter diesen Abschnitt zurück. Bei kleineren Unternehmungen südwestlich von Montdidier machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. An der Weste hat die Feuerartillerie zugenommen. Erfolgreiche Vorfeldkämpfe südlich von Conde und westlich von Reims. Nach Abwehr feindlicher Teilvorstöße wichen unsere Nachhut fürkeren Angriff des Gegners auf Fismes befehlsgemäß auf das nördliche Weste-Ufer aus.

Heeresgruppen von Gallwitz und Herzog Albrecht. Westlich der Mosel, in den mittleren und oberen Vogesen wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei eigenen Unternehmungen Gefangene.

Vizefeldwebel Thom errang seinen 27. Luftstiege.

Der 1. Generalquartiermeister: Audendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 5. Aug., abends. (W.B. Amtlich.) Dertliche Kämpfe an der Weste.

Die feindlichen Heeresberichte.

Frankösischer Heeresbericht vom 4. August, nachmittags. Auf der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Aus dem Bereiche der Nacht ist kein wesentliches Ereignis zu melden.

Abends 11 Uhr: Im Laufe des Tages erreichten wir die Weste an mehreren Punkten. Im Osten von Fismes setzten uns die feindlichen Nachhut lebhaften Widerstand entgegen, besonders zwischen Reuzon und Champigny. Unseren letzten Truppen gelang es trotzdem, auf dem nördlichen Ufer an mehreren Orten Fuß zu fassen. Fismes befindet sich in unserem Besitz. Im Nordwesten von Reims gewannen wir Boden bis zum Dorfe Neuvilette, das der Feind mit Nachdruck verteidigt. Auf dem linken Ufer der Aisne zwischen Castell und Mesnil-St. Georges wurden die Deutschen gezwungen, einen Teil ihrer Stellungen im Stich zu lassen, die infolge unseres Vorrückens vom 23. Juli unaltbar geworden waren. Wir besetzten Braches, drangen in Sargisourt ein und trugen unsere Linien bis an den westlichen Rand von Courtemanche vor. Wir machten Gefangene.

Frankösischer Bericht vom 5. August, nachmittags. Keine Einzelheiten von der Schlachtfront zu berichten. Leichte französische Kräfte, die die Weste überhüllten, stießen überall auf deutschen Widerstand.

Englischer Heeresbericht vom 4. August, morgens. Unsere Patrouillen erreichten die Ancre zwischen Dernancourt und Ham und stehen in diesem Abschnitt in Fühlung mit dem Feind. Während der Nacht zeigte die feindliche Artillerie einige Tätigkeit in den Abschnitten nördlich von Vethune und im Süden von Ypern. Am 4. August ohne Verluste für unsere Truppen eine feindliche Abteilung zurück, die einen Karstoff versuchte. Unsere Patrouillen machten während des Tages im Abschnitt von La Bassée einige Gefangene. Sonst nichts zu melden.

Amerikanischer Heeresbericht vom 3. August. Der Feind wurde in Verwirrung über die Westelinie getrieben. Seit dem 18. Juli haben wir im Laufe unserer Unternehmungen 8400 Gefangene gemacht und 188 Geschütze erobert.

Amerikanischer Bericht vom 4. August. Wir haben Fismes genommen und halten in diesem Abschnitt das Südufer der Weste besetzt.

Der Rückzug.

W.B. Berlin, 5. Aug. (Nicht amtlich.) Die Ausübung unserer Bewegungen in der Nacht vom 1. zum 2. August erfolgte, wie an der Hauptfront, auch südwestlich von Reims, nach dem alles, was dem Feinde hätte zweckdienlich sein können, zurückgelassen und zerstört worden war. Alle vorhandenen Bestände und Munitionsdepots waren beizeiten zurückgeführt worden, auch die Ernte war zum größten Teil eingebracht. Der Abmarsch der Truppen, die in vorderster Linie gestanden hatten, geschah ohne einen Mann Verlust. In der Nacht und am Morgen behauptete der Feind noch mit seiner Artillerie die Höhe 240 westlich von Vignay und die Talniederung unseres alten Kampfgebietes, die längst von uns geräumt waren, ein Beweis, daß er nichts bemerkt hat. Am Nachmittag des 2. schickte er vorsichtig mit Patrouillen an unsere zurückgelassenen Positionen heran, folgte dann in Marschkolonnen über Merly-Germigny-Faubry auf Gueux. Dies war der willkommenste Augenblick für unsere Artillerie, dem Gegner durch zusammengefaßte Vernichtungsfener schwere Verluste zuzufügen. Er wurde zur Entwidlung und zum Angriff gegen unsere Nachhutstellungen gezwungen. Westlich Gueux vorgehende Kavallerie wurde in alle Winde zerstreut. Auf dem linken Flügel kam ein feindlicher Angriff auf den Höhen bei Germigny zum Stehen. Durch das tapfere Aushalten eines deutschen Artilleriebeobachters bei der Rosnay-He., welcher das deutsche Feuer auf die nachfolgende französische Infanterie hervorragend leitete, wurde der Feind gegen Abend von den Höhen bei Germigny wieder zur Umkehr gezwungen. Ebenso stutete die bei Moizor vorgehende Infanterie wieder zurück. Unsere Nachhut bei Thillois verwehrt dem Gegner dort das Ueberdrängen der Reimier Straße. So endete der Versuch des Feindes, die Rücknahme unserer Nachhut zu stören, am zweiten Abend unter schweren Verlusten.

aus. 4567
mbul.
men—
ruenvereins, 4359
4109
ofort gesucht.
Mh.
spinat
mo
winterharte
aufschneid.
unterschiedl.
höchste Er-
20 Pfg.
50 Portionen
17 Pf.
ppsalat
großen, festen
wintertart.
10 Portionen
13 Pf.
en 25 Pf.
Sorten jetzt
Ausfaat.
ümmel
10 Portionen
20.50 Pf.
en 80 Pf.
die richtige Zeit
faat.
apfelrüben
auf
te Speise- und
st ungeheuer
ce à 20 Pfund
e Seltenheit.
at auf abge-
und Kartoffel-
er.
10 Port.
13 Pf.
en 50 Pf.
achnahme.
andere Samen
sowie Erb-
gratis.
ttner
merci
4 (Zähringen)
auf, Morgen
tur.) 4338
teratur
von der
Volkstreu
he 24.
Gipsfer
sofort gesucht
Gangschäft
Karlsruhe.
urische
denlaub,
he 191. 4318
elbständiger
reher
Eintritt ge-
4320
& Barth
he 67.
Karlsruhe.
Ehefrau von
m, Landwirt.
D. J. alt. Hugo,
Emma Schäfer,
J. alt. Wilme

für ihn. Er wagte nicht weiter vorzurücken. Auch die Nachburen lösten sich nach vollständig gelungener Durchführung ihrer Aufgabe in der Nacht vom 2. zum 3. ungehindert vom Feinde los. Unsere noch vor demselben ausstehenden Patrouillen und Maschinengewehre fügten heute Vormittag dem Feinde bei seinem Vormarsch noch weitere Verluste zu. So hat auch diese Operation wesentlich dazu beigetragen, den Feind in seiner Kampfkraft zu schwächen.

Die Gesamtkosten des Weltkrieges.

Berlin, 5. Aug. (W. B. Nicht amtlich.) Die Gesamtkosten des Weltkrieges für die vergangenen vier Jahre sind auf 650 bis 700 Milliarden Mark zu veranschlagen. Am Ende des vierten Kriegesjahres betragen die monatlichen Kriegskosten der Entente 15,8 Milliarden Mark, gegen 5,8 Milliarden Kriegskosten der Mittelmächte. Auch nach dem Abscheiden Rußlands und Rumaniens erreichen die monatlichen Kriegskosten der Entente also das Dreifache der Vierbündigen.

Auch die Anleihepolitik der Mittelmächte ist vielfach erfolgreicher als die der Entente. Während die Entente von den 500 Milliarden Mark Kriegskosten nur 125,6 Milliarden fundiert, die Mittelmächte von 186 Milliarden Kriegskosten aber 134,5 Milliarden. Deutschland brachte mit 8 Kriegsanleihen 88 Milliarden oder 71 Prozent seiner Kriegsanleihen langfristig auf gegen 32 in England und 30 in Frankreich. Die Mittelmächte deckten ihren Anleihebedarf fast ausschließlich im eigenen Lande, während Frankreich und England gewaltige Summen im Ausland aufgenommen haben.

Kriegszustand zwischen Rußland und England?

Berlin, 5. Aug. Die „Zürcher Post“ berichtet, daß das amtliche Rußland heute nicht mehr leugne, daß der Kriegszustand zwischen England und Rußland tatsächlich besteht. Die „Pravda“ spricht es in ihrer letzten Ausgabe offen aus, daß die Republik genötigt sein kann, im Bunde mit Deutschland den Krieg gegen die früheren Bundesgenossen aufzunehmen. Ein neuer Befehl Trozkys nennt Franzosen und Engländer zusammen mit den Tschecho-Slowaken die Feinde Rußlands.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 5. August. (Privatmeldung.) Nach einer Sabotage gelang es den Deutschen, nach Beförderung ihres Kriegsmaterials alle Wisnebrücken zu zerstören.

Berlin, 5. August. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Vatel mitgeteilt, daß nach der „Agencia Americana“ Brasilien ein Heer von 200.000 Mann bereit halte, um in Mesopotamien und Palästina die englischen Truppen zu entlasten, und deren Verwendung an der Westfront zu ermöglichen. Das Klima in Asien sei für die brasilianischen Truppen erträglich.

Berlin, 5. August. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ wurde Wilson von einigen Parlamentarier aufgefordert, eine Propagandareise nach den amerikanischen Städten zu unternehmen, wo sich die Kriegsmüdigkeit namentlich in der schwachen Beteiligung an der Kriegsanleihezeichnung kundgibt. Wilson erbat sich, nach einer Mitteilung des „Matin“ Weidenzeit.

Berlin, 5. August. (W. B. Nicht amtlich.) Am 1. August machte ein aus mehreren feindlichen Flugzeugen bestehendes Bombengeschwader einen Angriff auf das deutsche Kriegsflugzeugfabrik bei Gossens, dem zwei Tote und 67 Verwundete, darunter 13 Schwerverwundete, zum Opfer fielen.

W. B. Paris, 4. Aug. (Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Wie die Zeitungen melden, wird General Plescu, der ehemalige Befehlshaber der rumänischen Armee an der französischen Front, das Kommando über eine transylvanische Region übernehmen.

W. B. Bern, 5. August. „Popolo d'Italia“ teilt mit, Präsident Wilson werde in absehbarer Zeit in Begleitung mehrerer Mitglieder der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Senats die Front der Alliierten besichtigen.

W. B. Konstantinopel, 5. August. (Amtlicher Heeresbericht.) Bei Dschefara östlich Tripolis stürzte ein feindliches Flugzeug ins Meer. Die Insassen wurden gefangen, das Flugzeug erbeutet. Am 27. Juli belegten drei feindliche Flugzeuge Murata

mit Bomben. Zwei feindliche Torpedoboote besetzten die Küste. Es sind keine Verluste und kein Schaden zu verzeichnen.

Floyd Georges Botschaft.

Paris, 5. Aug. Gelegentlich des Jahrestages des Kriegsausbruchs hat Floyd George folgendes Botschaft an England, an die Dominions und an die Vereinigten Staaten gerichtet:

Die Botschaft, die ich den Briten am vierten Jahrestage des Kriegsausbruchs sende, ist: Garret aus! Wir sind nicht für eigennützige Ziele in den Krieg gegangen. Wir kämpfen für die Wiedergewinnung der Freiheit der brutal angegriffenen und beraubten Völker. Durch unseren Kampf wollen wir beweisen, daß kein Volk und sei es auch noch so mächtig, seinen Militarismus zur Unterdrückung freier Völker anwenden darf. Wenn wir unser Ziel nicht zu erreichen versuchen, dann ließe das, die Zukunft der Menschheit aufs Spiel setzen. Darum sage ich: Garret aus! weil unsere Aussicht auf den Sieg noch niemals so groß war als heute.

Vor sechs Monaten haben die Führer von Deutschland die gerechten und ehrlichen Bedingungen, die die Alliierten gestellt haben, von der Hand geworfen. Die letzte Maske einer bis dahin zur Schau getragenen Mäßigung wurde abgeworfen. Es erfolgte die Verteilung Rußlands, die Unterdrückung Rumaniens, der Versuch, mit großer Hebermacht und durch bezweifelte Angriffe den Sieg über die Alliierten zu erzwingen. Dank der unbeflegbaren Tapferkeit aller Alliierten Heere erkennt nun jedermann deutlich, daß dieser Eroberungsstrauch, durch den die Deutschen den Krieg verbroderlich verlängern, niemals in Erfüllung gehen kann. Noch ist aber der Krieg nicht entschieden. Die große preussische Autokratie wird noch vergebliche Versuche machen, einer endgültigen Niederlage zu entgehen, um dem Militarismus neues Leben zu verschaffen. Wir dürfen diesen Kampf zur Befestigung dieser Autokratie nicht unseren Nachkommen überlassen, nur damit wir selbst den Greuel dieses Krieges entgehen. Wir haben nun einmal den Krieg begonnen und müssen ihn fortsetzen, bis unser gerechtes Ziel erreicht ist. Es gibt keinen anderen Ausweg, von diesem Kampfe befreit zu werden. Deshalb heißt die Parole: Ausbarren!

Auch Churchill.

Paris, 5. August. Nachdem die englische Presse fast ausnahmslos den letzten Brief Lansdownes in ablehnendem Sinne besprochen hat, antwortet nun auch Churchill in einem Brief an seine Freunde auf Lansdownes Auslassungen. Churchill vertritt nach wie vor die Ansicht, daß nur der Sieg über die Mittelmächte der Menschheit den Frieden bringen könne. Er freisetzt von neuem das alte Märchen von der despotischen Herrschaft des Kaisers über seine Untertanen, die wie Sklaven behandelt würden, auf, mußte aber doch dabei ungewollt zugeben, daß trotzdem das deutsche Volk infolge milderer Verhältnisse eine dreimal schwerere Kriegslast trage als das englische und es trotz allem noch in bezugungen das gleiche. Darum richtet Churchill an seine Freunde erneut die dringende Mahnung, bis zur Niederlage Deutschlands durchzuhalten und gemeinsam mit den Völkern jenseits des Ozeans alle Kräfte bis zum endgültigen Siege anzuspinnen. Nach seiner Ansicht sind folgende Grundbedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten und für die Aufnahme des deutschen Volkes in den zukünftigen Völkerbund erforderlich:

1. Vollständiger Sieg über die deutschen Armeen im Felde.
 2. Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, mit dem jetzigen Regierungssystem zu brechen.
- Churchill versichert noch, daß die deutschen Pläne schon jetzt endgültig gescheitert seien. Die deutschen Angriffe im Westen seien zurückgeschlagen. Der Unterseebootskrieg habe seine Schrecken verloren, während die Kraft der Alliierten durch den ungeheuren Zustrom der Amerikaner überwältigend zunehme. Es sei also nur Geduld nötig, um die Barbaren niederzuringen. Churchill schließt seinen Brief mit dem Ausruf: Lansdowne will uns jetzt zu einem Frieden verleiten. Jetzt, unter den gegenwärtigen Umständen, wo das Ansehen der Alliierten in der Welt zunimmt und die ganze Welt gegen die Deutschen ist, wäre ein Friede gleichbedeutend mit einer Niederlage der englischen Masse.

Die Lage in Rußland.

W. B. Moskau, 4. Aug. Der Rat der Volkskommissare genehmigte in einer Sitzung 300 Millionen Rubel zum Kampf gegen die Tschecho-Slowaken und Entente-Truppen auf dem Ural.

Die Cholera in Moskau nimmt zusehends zu.

Berlin, 5. Aug. (W. B. Nicht amtlich.) Zu den Meeresleuten, die die englischen und französischen Landungstruppen im Murmangebiet verübt haben, wird aus Petersburg telegraphiert: Die süßlierten Arbeiter werden auf Hunderte und Tausende geschätzt. Die roten Garbisten wurden in großer Zahl erschossen in Durchführung der für sie alle getroffenen allgemeinen Maßnahme. Die Durchführung fand nach der Entlassung aus dem Gefängnis statt und erfolgte in Trupps von dreißig bis vierzig Mann.

Berlin, 5. Aug. Die „Vossische Zeitung“ bringt eine Meldung des Reuterischen Büros aus Washington, wonach die amerikanische Regierung eine Erklärung über die amerikanisch-japanische Aktion in Sibirien veröffentlicht. In dieser Erklärung heißt es: Wir werden unsere Kräfte antretzen, um den Krieg im Westen zu gewinnen. Eine militärische Aktion in Rußland ist nur insofern möglich, als der Tschecho-Slowaken Hilfe gebracht und jede Anstrengung gestützt werden solle, die auch von der Selbstregierung zur Verteidigung Rußlands von Wladivostok oder Archangelsk aus unterstützt werde, falls die Russen diese Hilfe annehmen wollten. In diesem Sinne werden die Vereinigten Staaten mit Frankreich und England an der Murmanküste und in Archangelsk mitwirken. Amerika und Japan seien übereingekommen, einige Tausend Mann nach Wladivostok zu senden, um dort und im sibirischen Hinterlande zum Schutze der Tschecho-Slowaken zu wirken.

W. B. Moskau, 5. Aug. Bei der Beschießung von Archangelsk durch die englischen Kriegsschiffe sind die russischen Batterien an der Sewernaja-Dwina vernichtet worden.

63 Denkmäler für Moskau.

Moskau, 4. Aug. (Pet. Tel.-Ag.) Im Auftrag des Sowjets der Volkskommissare hat der Kommissar der Volksaufklärung Lunatscharski, eine Liste zusammengestellt, nach der 63 Personen in Moskau Denkmäler errichtet werden sollen: 45 Politikern und Schriftstellern, nämlich 31 Russen (darunter Plechanow, Herzen, Wajsin, Warow, Lohfot, Dostojewski, Michailin, Tschernyschewski, Veremontow, Belinski, Romanow, Meshchislaw, Mendelejew) und 14 Ausländern, darunter Marx, Engels, Bebel, Jaurès, Ruffargue, Spartacus, Liborius Gradicus, Brutus, Robespierre, Marat, Robespierre, Danton; ferner 18 Künstlern, darunter zwei ausländischen: Beethoven und Chopin.

Ausland.

Entwicklung der schweizerischen Fabrikindustrie. Die Schweizerische Fabrikinspektion gibt den erstenmal seit dem Jahre 1911 wieder einen zusammenfassenden Bericht über ihre Tätigkeit heraus. Aus diesem läßt sich die Entwicklung der Industrie während der Kriegszeit erkennen. Die Kriegsjahre brachten einen Zuwachs von 809 Fabrikten und 26.185 Arbeitern. Die Zunahme der Fabriken ging in etwas langsamerem Tempo vor sich als die Zahl der Arbeiter, so daß sich die durchschnittliche Betriebsgröße vergrößerte. Es läßt sich aus dem Berichte des weiteren entnehmen, daß die Textilindustrie gegenüber dem Friedensstand einen Rückgang von 0,9 Prozent der Arbeiterzahl aufweist. Die Arbeiterschaft der Feinwebindustrie ging um 6,1 Prozent, die der Strohwebindustrie um 18,7 Prozent zurück. Die Holzindustrie vergrößerte ihre Arbeiterzahl. Das Baugewerbe erlitt einen Verlust von 22,5 Prozent. Die Vermehrung an Arbeitskräften in der Maschinen-, Metall- und Uhrenindustrie, die hauptsächlich der Munitionsfabrikation zugeschrieben ist, beträgt 6,8 bis 35, im Durchschnitt 17,4 Prozent. Die Bekleidungsindustrie bemerkte ihren Arbeiterstand um 28,7 Prozent. In dieser Zahl kommt der gewaltige Aufschwung der Konfektion und die Herstellung der Armeekleidung zur Geltung. Beispielsweise ist der Aufschwung der chemischen Industrie, in der die Zahl der Arbeiter um mehr als 60 Prozent zugenommen hat. Das

Petermanns letzter Tag.

Nach dem Flämischen des Toussaint van Doelaere von Julius Zerfas. (Fortsetzung.)

Sie prosteten ihn aus. Zugleich flüsterter Petermann fast schüchtern und verlegen Dorian ins Ohr: „Sagt, Dorian, sollen wir nicht einen Kaffee trinken bei Katharina meiner Schwester? Es kostet uns nichts. Was denkt ihr? Das wäre doch kein, was?“

„Kaffee? Das ist gut,“ antwortete Dorian mit gebieterischer Stimme. „Das ist recht, wir gehen — hop, hop, — wir gehen.“

Und wieder waren sie unterwegs, jetzt nach Katharinen zu. Sie wählte etwas seitwärts und stand einem kleinen Geschäft vor. Ihr Mann war seit Jahren tot und sie selbst hatte die ganze Arbeit am Halbe. Es lief alles wie am Schnürchen, so daß Petermann, nun er alt und verchliffen war, keinen Augenblick daran dachte, sie um einen Unterschlupf zu bitten. Denn wo Katharina war, war selbstverständlich für niemand anders, am wenigsten für ihn, den ewigen Gutsack, den jeder bemogeln würde, Platz.

„Wie wird sie mich aufnehmen,“ überdachte Petermann unterwegs. Er fürchtete, daß Dorian nicht gut aufgenommen werde, fühlte sich nicht sicher und überlegte, wie er es wohl anpacken sollte. Vor der Haustüre bekam er plötzlich wieder Mut. Schließlich, Dorian war keiner von denen, die man leicht anfassen durfte. Ohne Zaudern stieß er mit einem Stück die Haustür auf und sagte:

„n Tag, Katharina, ich bin es, mit Dorian.“

Katharina war gerade in einer Ecke des Gemachs damit beschäftigt, die Ziege zu melken. Ihr runder Rücken war ihnen zugekehrt und sie setzte ihre Arbeit noch eine Weile fort, als habe sie gar nichts gehört. Es wurde totenkammerstill in Petermann, bis sie endlich aufblickte:

„Gott und Gott, Bruder seid ihr es? Eine Minute und ich bin fertig.“

Wieder wendete sie den Kopf um; ihre Stirne lehnte nun fast auf dem Rücken der Ziege, die durch die fremden Erscheinungen ungeduldig wurde. Aber Katharina bezügelte ihre Neugierde immer wieder durch einen raschen Schlag auf die Schenkel und moß weiter. Nach einer gewissen Pause sagte sie wieder:

„Gott! Ihr heute zum ersten Male ausgehen dürfen?“

„Ja, ja Katharina, heute zum ersten Mal. Und ihr seht, mein erster Besuch gilt euch mit — Dorian.“

Ob es ihr Vergnügen machte, konnte man nicht wissen, zumindest nicht sehen, da ihr Gesicht ganz im Haar der Ziege verborgen war. Der Melkstrahl lang ununterbrochen. Nach einer kurzen Zeit hörte man sie wieder:

„Gott! Ihr euch nun dort gewöhnt?“

„Ich — ja, ja; das geht schon, das wird schon gehen,“ antwortete er vom Türrahmen aus. „Das wird schon werden. Wird schon. Und es ist ja auch darum, daß ich hier bin — mit Dorian.“

„Ihr habt euch doch überall so leicht eingewöhnt,“ erwiderte Katharina gleichgültig, „ihr seid ja so ein Gutsack.“

Weiter sagte sie nichts und blieb bei ihrer Arbeit. Nur der Klang der rauschenden Milch erfüllte die Kammer. Petermann fühlte seine Unruhe erneut aufsteigen, er blähte schüchtern nach dem Tür. Zudem er sich zurückbog und starrte, schimmernde plötzlich ein großes Feld in Rot vor seinen Augen, wie blühende Geranien.

Die Ziege stank. Er begriff, daß er bald etwas reden mußte, denn die Stille beengte ihn. Endlich sagte er:

„Schönes Wetter heute, nicht Katharina?“

Ein letzter lauter Melkstrahl und endlich stand Katharina mit ihrem Gefäß dampfender Milch auf und verschwand in einem Hinterraum. Petermann war sprachlos. Bemühtens hatte er keine Pflicht getan, auch fühlte er, daß er am liebsten fort wäre, nun doch schon einmal alles aus war. Nichts hielt ihn mehr. Aber neben ihm, etwas weiter in der Kammer,

stand Dorian, trotzig und gewollt. Er war — oder war er es nicht? — ein Freund von Dorian. Und er hatte für ihn doch immerhin einen besseren und schöneren Empfang erwartet und gehofft. Sollte Katharina, der Geizhals, etwa um vier Uhr keinen Kaffee mehr trinken?

„Es geht euch also doch gut sonst, meinte ich?“ flüsterte er noch, als seine Schwester zurückkam.

„Ich habe viel Arbeit, mein Gott, so ein Weibsbild allein. Sie bestehlen einen an allen Ecken. Aber sonst kann ich nicht klagen,“ klang ihre gleichgültige Antwort.

Dorian jagte: „Hm,“ stampfte mit dem eisernen Ende der Krüden gegen den Boden und sein ganzer Körper bebte voll unerhörter Drohungen.

„Dann gehen wir von hier fort, Katharina, ich bin immerhin mit Dorian zusammen.“

Katharina antwortete mit keiner Silbe. Petermann hing an ihren Lippen. Zu guterletzt sagte sie noch: „Ihr müßt von Zeit zu Zeit einmal herkommen, Petrus, wenn ihr Lust habt und nicht wagt, was ihr tun sollt.“

Sie stand vor ihm, die stämmigen Fäuste in die Hüften gestemmt und blähte über Dorian hinweg.

„Wie ihr wollt, Katharina,“ beruhigte er sie. Und wieder um nach einer Schweigepause, während er nicht wußte, wie er herausbringen sollte, was ihm auf der Weber lag, ergänzte er bitter: „Bis später, Katharina.“

„Ja,“ sagte sie, „bis später und haltet euch munter, Bruder.“

Dorian schlug mit seinen Krüdenspitzen gegen den Flur. Sinkend segelte er nach der Tür, schleuderte einen Stuß aus dem Wege und, von der Türschwelle aus stolz auf ein Bein gestützt, rief er lebenswürdig: „Adieu, Katharina!“ Darauf pff er höhnisch: „En partant pour le Syrien.“ Denn er war früher auch Soldat gewesen. Petermann verduzt und verlegen folgte ihm auf den Ferien. Er empfand tief die Beleidigung und das Unrecht, das seinem Kameraden angetan worden war.

(Fortsetzung folgt.)

Jahre 1918 hat die Situation wieder in ungünstigen Sinne verschoben, und es ist zum Teil schon eine rückläufige Bewegung im Beschäftigungsgrad eingetreten.

WZL. Luxemburg, 5. August. Bei den Stichwahlen zur Verfassungskammer wurden gewählt: drei Rechtspartheiler, fünf Liberale, vier Sozialisten, zwei Volksparteiler und zwei Unabhängige. Die Verfassungskammer setzt sich nunmehr zusammen: aus 29 Rechtspartheilern, 5 Sozialisten, 8 Liberalen, 5 Volksparteilern und 5 Unabhängigen. Von diesen bekennen sich zwei zum Programm der Rechtspartheiler, drei neigen zur liberalen Fraktion. Diese hat im Industriewahlbezirk ihre sämtlichen neuen Sitze an die Sozialisten und Volksparteiler und im Kanton Luxemburg zwei Sitze an die Rechtspartheiler verloren.

WZL. Bukarest, 4. August. Die rumänische Kammer hat mit 94 gegen 9 Stimmen das Gesetz angenommen, wonach die Arbeiter zwangsweise zur Arbeitsleistung bei der Eisenbahn herangezogen werden können. Ferner hat das Gesetz über die zeitweilige Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Verwaltungsbeamten mit 84 gegen 2 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

Falsche U-Boot-Propheten.

In einem Artikel, den er in der Zeitschrift: „Das größere Deutschland“ veröffentlicht, teilt der Reichstagsabgeordnete von Gamp mit, daß am 12. Februar 1916 dem Reichstagskanzler eine Denkschrift von dem Chef des Admiralstabes v. Holtzendorff überreicht worden ist, in der es ausdrücklich heißt:

„Der neue U-Boot-Krieg verläuft über den erwarteten Streitkräfte, daß er auch unter Berücksichtigung der vermehrten Abwehrmittel des Gegners und der sonstigen technischen Hilfsmittel in der Lage sein, ihm im Vergleich zum vorjährigen wesentlich gesteigerte Leistungen zu sichern und daß in sicherer Aussicht stehe, daß England dadurch in eine unerträgliche Verengung des Frachtraums käme und in absehbarer Zeit, längstens in 6 Monaten, zum Friedensschluß gezwungen sein würde.“

Admiral v. Holtzendorff fand gläubige Nachbeter in den Reichstagen und Wehrparlamenten, die auf diese Zusicherung gestützt, geradezu begeistert den rüchichtslosen U-Bootkrieg forderten. Die Prophezeiung hat sich nicht erfüllt, wohl ist aber das eingetreten, was die Sozialdemokraten prophezeit haben — die Fühlung des rüchichtslosen U-Bootkrieges hat uns eine Reihe neuer Gegner gebracht.

Große Veränderungen in der Textilindustrie.

Trotz des Rohstoffmangels hat sich die Textilindustrie im Krieges glänzend und teilweise sehr beträchtlich erweitert. In den ersten Kriegsjahren brachte der Verkauf auch der ältesten Lodenhüte glänzende Gewinne. Jetzt ist es die Erbstofffabrikation, die sehr hohe Gewinne abwirft und zu beträchtlichen Erweiterungen drängt. Natürlich profitieren in erster Linie die Unternehmer, die Patente besonderer Art haben. Die allgemeine Knappheit an Rohstoffen läßt es aber angemessen erscheinen, daß die Ausnutzung der Patente nicht nur auf ihre Inhaber beschränkt bleibt. So wurde die Bayerische Glasstofffabrik A.G. zur Erzeugung von künstlichen Textilfasern und -fasern nach dem Verfahren und den Patenten der Ver. Alkaliwerke in Elberfeld gegründet. Diese sind an der Neugründung beteiligt. Die Fabrikanlagen werden vermutlich in Unterfranken errichtet werden. Gleichzeitig wird der Wunsch Bayerns nach stärkerer Anziehung industrieller Großunternehmen in seinem Gebiet betrieben. In Augsburg hat sich die Augsburg-Jelluloseindustrie gebildet, die die Herstellung von Zellulosegarn auf Grund eines neuen Verfahrens beabsichtigt. Es sollen wachsende Bedürfnisse hergestellt werden. Da sich noch andere Gesellschaften und verwandte Industrien anschließen dürften, ist eine baldige Vergrößerung der Betriebe zu erwarten.

Aus aller Welt.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Heute, 5. August. (WZL. Nicht amtlich.) Eisenbahnunfall wird gemeldet: Gestern nachmittags 1/2 Uhr entgleiste an der Kurve Rudahammer der von Hinderburg nach Weuthen fahrende kleine Bahnzug Nr. 87, bestehend aus einem Motor und einem Anhängerwagen. Der Motorwagen legte sich schräg auf die Seite. Der Anhängerwagen kippte vollständig um und wurde gegen einen starken Chausseebaum geschleudert. Durch den Anprall gegen den Baum wurden zwei Personen tödlich und drei weitere schwer verletzt. Die Zahl der weniger schwer Verletzten und der leicht Verletzten beträgt etwa 20 Personen. Nach dem Unfall wurden die Verletzten in das Knappschaftslazarett Rudahammer gebracht, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde. Von den drei Schwerverletzten sind noch weitere 2 Personen infolge der Verletzungen nach anderthalb Stunden gestorben. Die Strecke hat an der genannten Stelle eine starke Senkung. Der Zug hätte an der vor der Kurve befindlichen Station halten müssen. Es gelang der Wagenführerin aber nicht, den Zug zum Stehen zu bringen, und er fuhr mit ziemlicher Geschwindigkeit in die Krümmung, wo sich dann der Unfall ereignete. Nach den Angaben der Wagenführerin soll kurz vorher die Luftbremse schadhast geworden sein, weshalb sie in dem starken Gefälle die Gewalt über den Zug verlor. Bieweil diese Angaben der Wagenführerin zutreffen, läßt sich erst nach Abschluß der Untersuchung beurteilen. Der Betrieb auf dieser Strecke braucht nicht unterbrochen zu werden.

Türkische Jugend in Deutschland.

Zunehmend dringt in der Türkei die Erkenntnis Bahn, daß die Hauptaufgabe ihrer Zukunft, die innere Reorganisation des Landes, durch eine zielbewusste Erziehung der türkischen Jugend für diese Aufgabe im verbündeten Deutschland vorbereitet werden müsse. So befinden sich zurzeit etwa 1500 jugendliche Türken in Deutschland, von denen 800 durch die Deutsch-Türkische Vereinigung untergebracht wurden, die die planmäßige Ausbildung der türkischen Jugend in Deutschland zuerst in die Hand genommen und stets als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet hat. Die 800 türkischen Schülern der Deutsch-Türkischen Vereinigung setzen sich zusammen aus rund 200 türkischen Knaben, die als Handwerkslehrlinge ausgebildet werden, rund 150 türkischen Bergwerkslehrlingen, den kürzlich eingetroffenen rund 150 Landwirtschaftslehrlingen und rund 300 Schülern türkischer höherer Schulen, die in Deutschland auf Oberrealschulen und als Volontäre in Maschinen-

Ein neuer Steuerentwurf. Ein Beamter des bayerischen Justizministeriums, der offenbar über recht viele freie Zeit verfügt, hat dem Reichstag eine neue Steuer vorgeschlagen, nämlich eine Hotelwohnsteuer. Die Steuer, ein Stempel auf den Preis der Hotelzimmer, soll 70 Millionen Mark einbringen. Der Plan dürfte kaum Aussicht auf Verwirklichung haben. Vielleicht könnte man es aber einmal mit einer Steuer auf Steuerobjekte versuchen, die von Unberufenen ausgeht werden.

Ueber die Wahlrechtsfrage darf nicht gesprochen werden. In einer Zentrumsversammlung zu Gernheim, B. wollte der Landtagsabgeordnete Gronowski das Thema: „An der Schwelle des fünften Kriegsjahres“ behandeln und auf Wunsch der Parteileitung im zweiten Teile seines Vortrages die Wahlrechtsfrage besprechen. Trotz der Erklärung Gronowskis, daß er ganz auf dem Boden der Regierungsvorlage stehe, und als Mitglied des Verfassungsausschusses und als Arbeiterführer das Bestreben der Regierung tatkräftig unterstützt habe, erteilte das Rgl. Polizeipräsidium nur unter der Bedingung die Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung, daß über die Wahlrechtsfrage nicht gesprochen werde. Gleich beim Betreten des Saales wurde dem Abg. Gronowski eine schriftliche Verfügung zur Kenntnisnahme überreicht, durch die die Polizeibehörde jede Erörterung der Wahlrechtsfrage untersagte.

Gewerkschaftliches.

Neue Bestimmungen für die Entlassung von Tabakarbeitern. Die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten, Sitz Minden, erklärt unterm 20. Juli 1918 eine Bekanntmachung: In die Hersteller von Zigarren, in der bestimmt wird: 1. In der Zigarrenindustrie dürfen nur Arbeiter weiter beschäftigt werden, die bereits vor dem 1. August 1914 in ihr tätig waren mit Ausnahme solcher, welche zur Arbeit in anderen Erwerbszweigen nicht fähig sind. 2. Die in der Zigarrenindustrie verbleibenden Arbeiter müssen voll beschäftigt werden. 3. Soweit diese Vollbeschäftigung nicht möglich ist, sind diejenigen Arbeiter zu entlassen, welche nur nebenbei zur Erlangung eines nicht für den Lebensunterhalt notwendigen Nebenverdienstes tätig sind, sowie solche, welche nicht durch häusliche Verhältnisse oder andere zwingende persönliche Gründe an ihren Wohnort gebunden und körperlich imstande sind, sich in anderen Erwerbszweigen zu betätigen. 4. Vorstehende Bestimmungen gelten nicht für Lehrlinge, mit denen ein schriftlicher Lehrvertrag vor dem 1. Juli 1917 abgeschlossen worden ist. Aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen können Betriebsstätten stillgelegt werden. 6. Die zur Entlassung kommenden Arbeiter sind möglichst frühzeitig, spätestens 14 Tage vorher, von der Entlassung zu benachrichtigen. 7. Neueinstellung und Wiedereinstellung von Arbeitern dürfen nur mit Einwilligung der Zentrale erfolgen. Hierbei sind arbeitslose, berufsständige, in anderen Erwerbszweigen nicht verwendbare Arbeiter zunächst zu berücksichtigen, vordemhinlich kriegsbeschädigte Tabakarbeiter. 8. Bei dem Wiedereinstellung der Zigarettenindustrie sind diejenigen Tabakarbeiter, die im Meeressdienst oder im Hilfsdienst geblieben haben, ferner diejenigen, welche während ihrer Entlassung aus der Zigarettenindustrie in anderen Erwerbszweigen Arbeit geleistet haben, vorzugsweise wieder einzustellen. Hingegen sind die Arbeiter, welche die Annahme anderer Arbeit trotz ihrer Verwendungsbarkeit hierfür verweigert haben, erst in letzter Linie für die Wiedereinstellung zu berücksichtigen. Bei Streitigkeiten über Verwendungslosigkeit der Arbeiter in anderen Erwerbszweigen entscheiden die von der Zentrale errichteten Bezirksausschüsse, denen zwei Vertreter der Arbeitgeber und zwei Vertreter der Arbeiter angehören. Die Kriegssomfellen sind befugt, Vertreter mit beratender Stimme in diese Ausschüsse zu entsenden. Beschwerden über Entscheidungen der Bezirksausschüsse sind an die Zentrale zu richten, die endgültig entscheidet.

Werbt fortwährend neue Abonnenten!

fabriker und auf Gutswirtschaften ausgebildet werden. Die Schüler, die in weit über 100 Orten ganz Deutschlands untergebracht sind, aber dauernd der Kontrolle durch die Zentrale der Deutsch-Türkischen Vereinigung in Berlin unterliegen, entwickeln sich auf das Beste. Der Jahresaufwand für die Unterbringung und Ausbildung der 300 Schüler beträgt rund eine halbe Million, von der die eine Hälfte von den türkischen Eltern, die andere aus deutschen Mitteln durch die Deutsch-Türkische Vereinigung in Berlin sowie durch Stiftungen gedeckt wird, die der Deutsch-Türkischen Vereinigung zu diesem Zwecke von verschiedenen Seiten gemacht wurden. Die Vereinigung unterhält in Berlin-Grunewald ein eigenes türkisches Schülerheim zur Aufnahme ihrer ständig in Deutschland neu eintreffenden oder auf Urlaub in die Heimat reisenden Schülern. Ein sechsen von der Vereinigung herausgegebenen Bericht über diesen Zweig ihrer Tätigkeit, betitelt: „Türkische Jugend in Deutschland“, wird den Mitgliedern der Deutsch-Türkischen Vereinigung kostenlos geliefert. Geschäftsstelle: Berlin W 35, Schönberg-Platz 33a.

Miesenschiebhandel an der Ostsee. In den Ostseebädern und Brunnshaupten ist, wie die „Medlenburgerische Zeitung“ meldet, ein Miesenschiebhandel aufgedeckt worden, in den zahlreiche Gasthöfe und Pensionen der beiden Orte verwickelt sind. Es war schon seit langem bekannt, daß die Gasthäuser sich im Winter und Herbst übermäßig eingebedeckt hatten. Die Staatsanwaltschaft veranlaßte darauf eine eingehende Untersuchung. Es wurde ein Verkäufer, der verdächtig erschien, verhaftet. In großen Wirtschaften wurden bei Hausdurchsuchungen zum Teil 5000—6000 Eier gefunden, zahlreiche Schinken, Mettwürste, Speck, Putzer waren bedeckt. Zentnerweise waren Mehl, Grieß, Quitten, Cranen, Roggen und vor allem Zucker eingekammert. Außerdem haben sich zahlreiche Fremdenhäuser mit Fleisch auf das Doppelte und Dreifache ihres Kontingents bestücken lassen. Der Verdienst aus dem Handel ist so groß, daß einzelne Leute, die vor dem Kriege gar kein Vermögen hatten, sich inzwischen eine Erbschaft ekle kaufen konnten und außerdem eine nennenswerte Vermögen besitzen. Dieserart waren zahlreiche Landleute der Umgebung und Kaufleute aus Kleinlitauen. Die gefundenen Waren wurden beschlagnahmt.

Neue Waldbrände in Frankreich. Nach einer Meldung des „Matin“ sind seit dem 3. August im Arrondissement Toulon neue Waldbrände ausgebrochen und mehrere Ar Wald bereits abgebrannt. Der Brand droht sich auf das ganze Waldgebiet nördlich von Toulon auszudehnen. 2000 Soldaten von Martinique wurden zur Bekämpfung des Brandes abgefordert.

Baden.

Die neuen Zuschläge zur badischen Einkommensteuer.

Der schon kurz angekündigte Gesetzentwurf über die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer ist soeben im Druck erschienen. Nach dem neuen Gesetz wird von den Einkommensteuerpflichtigen für das Jahr 1919 ein Steuerzuschlag erhoben, der in den Einkommensteuerfällen von 2400 Mk. bis einschließl. 6000 Mk. 10 v. H. beträgt, von 6000 Mk. bis einschließl. 8000 Mk. 15 v. H., von 8000 bis einschließl. 10 000 Mk. 20 v. H., von 10 000 Mk. bis einschließl. 20 000 Mk. 25 v. H., von 20 000 Mk. bis einschließl. 40 000 Mk. 30 v. H., von 40 000 Mk. bis einschließl. 60 000 Mk. 35 v. H., von 60 000 Mk. bis einschließl. 80 000 Mk. 40 v. H., von 80 000 Mk. bis einschließl. 100 000 Mk. 45 v. H., von 100 000 Mk. bis einschließl. 125 000 Mk. 50 v. H., und von 125 000 Mk. bis einschließl. 150 000 Mk. 55 v. H., und von 150 000 Mk. und darüber 60 v. H. der im Einkommensteuerfall bestimmten Steuerhöhe.

Nach dem neuen Gesetzentwurf sollen von den Einkommensteuerpflichtigen bis 2400 Mk. wie bisher keine Zuschläge erhoben werden. Von da an bis zu einem Einkommen von 20 000 Mk. betragen wie aus der obigen Darstellung zu ersehen ist, die Zuschläge ebenfalls entsprechend dem jetzigen Stand 10 bis 25 v. H. Neu ist in dem Gesetzentwurf, daß für die Einkommen von 20 000 Mk. bis 100 000 Mk. Gruppen von je 20 000 Mk. und für die Einkommen von 100 000 Mk. bis 150 000 Mk. Gruppen von je 25 000 Mk. gebildet worden sind.

Der Mehrertrag der Einkommensteuer nach dem vorliegenden Entwurf gegenüber dem Ergebnis nach dem Gesetz vom 22. Dezember 1917 wird auf rund fünf Mill. Mk. berechnet. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird betont, daß für eine Vermehrung der Staatseinnahmen, welche durch die Fürsorgemaßnahmen der Regierung für die Beamten, Geistlichen, Lehrer, Ruhegehaltsempfänger usw. für jetzt nur die Erhöhung der direkten Steuern, insbesondere der Einkommensteuer in Betracht kommen konnte.

Der Gesetzentwurf über die Milderung des bad. Biersteuergesetzes ist im Druck erschienen. Der der bad. Staatskasse verbleibende Mehrertrag aus den Einnahmen an Biersteuer ist bei den Steuerhöhen des neuen Entwurfs gegenüber den gleichen Einnahmen im Rechnungsjahr 1913 auf rund 6 603 888 Mk.

Der Vollzug des Beamtengesetzes. Das Justizministerium hat für die Erteilung der Genehmigung zur Abgabe außergerichtlicher Gutachten, zur Übernahme eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung sowie zur Annahme von Wohnungen und Geschenken für zuständig erklärt: den Oberlandesgerichtspräsidenten hinsichtlich der übrigen Beamten und der Bediensteten des Oberlandesgerichts, den Oberstaatsanwalt hinsichtlich der übrigen Beamten und der Bediensteten der Oberstaatsanwaltschaft; die Landgerichtspräsidenten hinsichtlich der übrigen Beamten und der Bediensteten des Landgerichts; die ersten Staatsanwälte, die Staatsanwälte in Mosbach, Pforzheim und Waldshut, sowie die Amtsgerichts- und Notariatsvorstände hinsichtlich der sonstigen behördlich angestellten Beamten und der Bediensteten der ihnen unterstellten Behörden. Die Erteilung der Genehmigung zur Annahme von Gehältern, Dienstzulagen und Ehrengehältern bleibt für sämtliche Beamte und Bedienstete der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notariate dem Justizministerium vorbehalten. Die den Vizebeamten der Notariate allgemein erteilte Genehmigung, Vormundschaftsrechnungen gegen Entgelt zu stellen, bleibt aufrecht erhalten.

Die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen. Die standesamtliche Beurkundung der bei den mobilen Truppen eintretenden Sterbefälle erfolgt jetzt und bereits seit längerer Zeit durchweg mit der Beschleunigung, die die kriegerischen Verhältnisse zwingen lassen. In einzelnen Fällen, die länger zurückliegen und noch nicht zur Beurkundung gekommen sind, liegt es im Interesse der Angehörigen der auf dem Felde der Ehre verstorbenen Militärpersonen, daß sie schon jetzt bei der zuständigen Stelle unter genauer Angabe der letzteren Feldadresse des Verstorbenen die Veranlassung der Beurkundung beantragen. Diese Stelle ist für die Angehörigen des preussischen Heeres das Zentralnachweisedbüro in Berlin W 7, Dorotheastr. 48, für die Angehörigen der bayerischen, sächsischen, württembergischen Heere die Nachweisedbüros des Kriegsministeriums in München, Dresden und Stuttgart. Bei Vermissten findet standesamtliche Beurkundung nicht statt.

„Kriegsbrandmeister“. Nach einem Erlaß des stellv. Generalkommandos des 14. A.-K. wurden sämtliche Vorstände der Kreisfeuerwehroverbände des Badischen Landesfeuerverbandes zu Sachverständigen des stellv. Generalkommandos mit der Bezeichnung „Kriegsbrandmeister“ ernannt.

Die Annahme von Anwärtern für das Gerichtsschreiber-Gehilfenamt. Zum Vorbereitungsdienst für die Gerichtsschreiber-Gehilfenprüfung wird das Justizministerium im Spätherbst eine beschränkte Anzahl von Anwärtern zulassen. Zulassungsgesuche sind bis Mitte September ds. Js. einzureichen. Weitere Anwärter für das Gerichtsschreiber-Gehilfenamt werden nach Beendigung des Krieges angenommen werden.

Bruchsal, 4. August. Der Stadtrat hat beschlossen, den Bagbach, soweit er in der Gemarkung Bruchsal liegt, künftig als Fischwasser zu verwerten und zur Verpachtung auszuflehen.

Miesental bei Bruchsal, 5. Aug. Hier brach in dem Oekonomiegäude des Landwirts Richard Sontner Feuer aus, das auch auf dasjenige des Metzgermeisters Nikolaus Schumacher übergriff und beide in Asche legte. Außer dem Viehstand konnte nichts gerettet werden.

Seidelberg, 5. August. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 223 Pfund Grünleer beschlagnahmt, die nach auswärts verhandelt werden sollten.

Rastatt, 5. Aug. Am Sonntag wurde im Wald bei der Föhrenweide die Leiche eines 20 Jahre alten Landwirts aus Miesental aufgefunden, der sich erschossen hat.

Offenburg, 3. August. Das Bezirksamt weist darauf hin, daß bei den jüngsten Fliegerangriffen die zur Verhütung von Unfällen erlassenen Anordnungen nicht überall befolgt, vor allem daß nachts nicht genügend abgeleuchtet wurde. Da bei dem letzten Angriff auch Phosphor-(Brand)-Bomben geworfen wurden, weist das Bezirksamt besonders darauf hin, daß die Verhütung mit solchen die größten, meist nicht mehr heilbaren Körperlichen Schäden nach sich ziehen kann.

Mannheim, 6. Aug. Gestern nachmittag ist beim Baden im Rhein der 13 Jahre alte Volksschüler Wilhelm Hofmann ertrunken. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher noch nicht gelandet werden.

Staufen, 5. Aug. Bei einer Versteigerung von Liegenschaften aus dem Nachlaß des Franz Josef Krieger wurden hohe Preise erzielt. Man hat durchschnittlich 30 bis 50 Prozent über den Anschlag. Das Haus erbrachte statt 25 000 M. 37 500, ein Weinberg von etwa 28 Ar statt 13 000 14 560 M.

Mehrfach, 4. August. Das Gr. Bezirksamt veröffentlicht mit Namensnennung der Schuldigen einen Fall, wonach eine „in den besten Verhältnissen lebende“ Landwirtschafsfrau aus einem Ort des Bezirks in letzter Zeit an zwei hantierende Frauen von Heidelberg einen Schinken mit sieben Pfund zum Preis von 84 M., somit 12 M. pro Pfund, verkaufte.

Konstanz, 4. Aug. Seit dem neuerdings begonnenen Gefangenen austausch kommen an die hiesige Austauschstation und andere amtliche Stellen viele Anfragen, wenn der oder jener Gefangene zurückkehrt. Im allgemeinen werden die Gefangenen genau nach der Dauer ihrer Gefangenschaft ausgetauscht. Es kommen aber auch Ausnahmen vor.

Der Schleichhandel mit Frühkartoffeln.

Die Versorgung der Städte mit Frühkartoffeln läßt sich noch sehr zu wünschen übrig. Das wird einerseits auf den geringen Ausfall der diesjährigen Frühkartoffelernte zurückgeführt, dann aber auch darauf, daß sich bereits der Schleichhandel der Frühkartoffeln bemächtigt hat und sie zu hohen Preisen unter der Hand absetzt. Von den bad. Städten ist augenblicklich Mannheim besonders schlimm daran. Wie aus dem dortigen Stadtratsbericht hervorgeht, ist zwar die Ernte auf der eigenen Mannheimer Gemarkung im Gange, sie reicht aber nicht im entferntesten aus, um eine genügende Versorgung zu gewährleisten. Dazu kommt noch, daß die Walz wegen schlechten Ausfalls der Ernte nicht nach Mannheim liefern kann. Der tägliche Bedarf des Kommunalverbandes Mannheim beträgt bei 1 Pfund Kartoffeln auf den Kopf etwa 2000 Zentner. Als Ersatz gibt die Stadt Mannheim Brot, Leigwaren, Graupen und Grieß sowie frische Bohnen und gelbe Hülsen, letztere unter dem Selbstkostenpreis ab.

Daß der Schleichhandel bereits mit Frühkartoffeln arbeitet, geht daraus hervor, daß in der Nähe von Ettlingen auf einem großen Viehfuhrwerk 30 Zentner Frühkartoffeln beschlagnahmt wurden, die nach Karlsruhe kommen sollten. Im Kommunalverbandsbezirk Konstanz-Land hat sich die Versorgung der Gemeinden mit Frühkartoffeln insofern schwierig gestaltet, als die Landwirte zu dem Erzeugerhöchstpreis von 9 M. keine Kartoffeln abgaben, diese vielmehr im Schleichhandel zu 40 Pfg. und noch mehr das Pfund verkauft wurden. Dem Kommunalverband blieb daher nach einer Meldung aus Radolfzell nichts anderes übrig, als den Erzeugerhöchstpreis auf 18 Pfg. und den Kleinverkaufspreis auf 22 Pfg. zu erhöhen. Seitdem werden reichlich Kartoffeln abgeliefert.

Die Wiederaufnahme der Bautätigkeit und die Frage der Mietsteigerungen.

Karlsruhe, 6. August. Im Anschluß an die kürzliche Tagung des Landeswohnungsvereins hat im Ministerium des Innern eine Besprechung stattgefunden, an welcher Vertreter aller städtischen und ländlichen Bezirke, in denen die Wohnungsverhältnisse während des Krieges ein Eingreifen der Behörden erforderlich machen, sowie Vertreter der Mieteinigungsämter und der Kriegsamtsstellen teilnahmen. Der 1. Gegenstand der Besprechung war der Wiederaufnahme der Bautätigkeit gewidmet. Dank dem Eingreifen der Kriegsamtsstelle ist es gelungen, die Erzeugung von Baustoffen, insbesondere von Ziegeln und Backsteinen so zu fördern, daß wieder Vorräte auf Lager sind. Es handelt sich jetzt darum, daß die Gemeinden, gemeinnützige Bauvereinigungen und andere zu diesem Zweck ins Leben zurufende Organisationen unverzüglich die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Bautätigkeit ergreifen. Vom Ministerium und von der Kriegsamtsstelle werden diese Bestrebungen in jeder Hinsicht gefördert werden.

Der 2. Gegenstand der Beratung war die Gewährung von Unterkunft im Falle des Noistandes. Bekanntlich hat das stellv. Gen.-Komm. im Sommer 1917 eine Verordnung erlassen, die bestimmt, daß im Falle eines Noistandes die Eigentümer, Mieter und Verwalter von Gebäuden verpflichtet sind, in den ihnen zur Verfügung stehenden Räumen auf behördliche Anordnung hin, die ihnen zugewiesenen Personen und ihre Habe bei sich aufzunehmen. Das Ministerium hat diese Verordnung insofern erweitert, als sie auch anzuwenden ist, wenn es nötig wird, wegen des Mangels an geeigneten Wohnungen Personen unterzubringen. Bei der Beratung dieses Gegenstandes wurde der Wunsch nach einer gesetzlichen Regelung geäußert.

Schließlich wurden noch die Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen besprochen. Die Teilnehmer an der Besprechung waren der Meinung, daß es nicht angebracht sei, jede Mietsteigerung von einer Genehmigung des Mieteinigungsamtes abhängig zu machen und eine Verordnung des Generalkommandos herbeizuführen. Man war der Meinung, daß die Anrufung des Mieteinigungsamtes den Mietern einen Schutz gegen ungerechtfertigte Steigerungen und Kündigungen biete, es wurde aber erkannt, daß die bundesrätliche Verordnung über den Schutz der Mieter einer Durchsicht bedürftig sei.

Kriegsbeschädigte und Feuerwehr. Der Landesausschuß des Badischen Landesfeuerwehrverbandes hat in einer in Pforzheim abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß Kriegsbeschädigte von den Feuerwehren als inaktive Mitglieder aufgenommen werden können. Sie dürfen zu Übungen nur zugelassen werden, wenn der Korpsarzt sie für geeignet erachtet, und ein diesbezügliches Zeugnis ausstellt.

Kommunalpolitik.

Neberlingen, 6. Aug. In der letzten Sitzung des Kommunalverbandes wurde der von der Bäderinnung des Bezirks vorgeschlagene Brotpreisaufschlag von 62 auf 68 Pfg. mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Mehrkosten für Mehl und Produktion übernimmt der Kommunalverband, welcher den Bädern jährlich 15 000 M. zufließt. — Die vom Gr. Bezirksamt veranlaßte Verfügung wonach im Amtsbezirk Neberlingen bis zum 25. Aug. die Abgabe von Brot in den Gastwirtschaften usw. an Ortsfremde auch gegen Brotmarken verboten wurde, war veranlaßt worden durch die starke Ueberflutung von Neersburg und den benachbarten Orten mit Gästen. In manchen Tagen waren bis zu 4000 Fremde in Neersburg. Dabei wurde festgestellt, daß manche dieser Gäste nicht weniger als drei Mahlzeiten an einem Nachmittag in verschiedenen Gasthäusern einnahmen, wobei auch jedesmal Brot verabreicht wurde. Neersburg war infolgedessen oft vollständig ausgegessen und die einheimische Bevölkerung hatte nicht selten vier bis fünf Tage in der Woche kein Brot.

Soziale Rundschau.

Anrufen der Generalkommandos gegen die Mietsteigerungen. Ein Antrag gegen unberechtigte Mietsteigerungen ist in der bayerischen Abgeordnetenkammer zur Verhandlung gekommen. Die Kammer nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, bis zu einer allgemeinen Regelung durch das Reich, die von der bayerischen Regierung beim Bundesrat anzustreben sei, sich mit den drei stellvertretenden bayerischen Generalkommandos ins Benehmen zu setzen, um unberechtigte Mietsteigerungen zu verhindern. Insbesondere soll eine Verfügung erlassen werden, wonach die Mietpreiserhöhung, sofern die Mieter nicht schriftlich zustimmen, nur mit Genehmigung der Mieteinigungsämter eintreten darf. Ferner soll die Regierung darauf hinarbeiten, daß die Mieteinigungsämter weiter ausgebaut werden und auch in der Uebergangszeit nach dem Kriege in Wirksamkeit bleiben. — Auch für Baden ist eine derartige Maßnahme dringende Notwendigkeit.

Die Hausbesitzer gegen den Mieterschutz. Der Vizekanzler v. Baer empfing zu einer längeren Besprechung als Vertreter der städt. Haus- und Grundbesitzervereine Justizrat Dr. Baumert, Stadtb. Biffing, Kommerzienrat Haberland Geh. Justizrat Diepmann, Justizrat Boewensfeld und andere Herren, die die Beschwerden des Grundbesitzes über die Ausschaltung der kommunalen Mieteinigungsämter durch die von verschiedenen Generalkommandos erlassenen Verordnungen vortragen. — Hoffentlich erscheint nun auch bald eine Vertretung der Mieter beim Vizekanzler und Kriegsminister und stellt ihnen die höchst gefährliche Lage der Mieter dar, die dringend eines verbesserten Mieterschutzes mit militärischer Beschleunigung bedarf. Die Herren Haus- und Grundbesitzer wissen immer gleich an die richtigen Stellen zu gehen, während die Mieter mit Schimpfen und Protestieren allzu wenig erreichen.

Möbel sind den Kriegswanderbestimmungen unterworfen! Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin gibt folgendes bekannt: In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit verschiedentlich die Ansicht vertreten worden, daß Möbel nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen seien. Wäre dies richtig, so würde es einen Freibrief für jeden Möbelwucher bedeuten und besagen, daß der Verkauf von Möbeln überhaupt keinerlei Preisbeschränkungen unterworfen sei. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der Gemeindebehörden Möbel keineswegs grundsätzlich von den Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf welche die Kriegswanderbestimmungen ohne weiteres Anwendung zu finden haben, auszubehnen sind.

Bereinigung der Mieteinigungsämter. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Frankfurt a. M., daß dort gestern die Vereinigung der Mieteinigungsämter zusammengetreten sei, um zu einer Klärung der Mieterschutzverordnung Stellung zu nehmen. Die Mieteinigungsämter der Bundesstaaten und von 160 Städten hatten Vertreter entsandt. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Landeszentralbehörden berechtigt sein sollen, den Gemeindebehörden das Recht einzuräumen, alle Mietpreiserhöhungen von der vorherigen Genehmigung der Schiedsbeirungsamter abhängig zu machen. Den Hausbesitzern sei Schutz gegen die Hypothekensläubiger zu gewähren. Die von den Mieteinigungsämtern hergestellten Vergleiche sollen vollstreckbar sein.

für unsere Soldaten.

Die Reichs-Kleiderkammer und die Heeresangehörigen. An der Front sind verschiedentlich beunruhigende Gerüchte verbreitet, daß die Reichsbekleidungsstelle beabsichtigt, bei der Reichsbekleidungskammer auch die Zivilkleidung der im Felde stehenden Soldaten zu beschlagnahmen. Die Reichsbekleidungsstelle beabsichtigt keinesfalls, den Leuten draußen, die für uns kämpfen, dahin ihre unentbehrlichen Kleidungsstücke wegzunehmen.

Heeresangehörige, die im Felde stehen, können selbstredend nicht zur Abgabe einer Bestandsanzeige aufgefordert werden. Da diese Aufforderung nach Sinn und Wortlaut der Anordnungen der Reichsbekleidungsstelle nur an die Personen zu richten sind, die voraussichtlich einen abgabebereitigen Anzug besitzen, kommt die Gefahr für die Abgabe einer Bestandsanzeige nicht in Betracht. An die Ehefrauen der im Felde stehenden Heeresangehörigen dürfen daher die Kommunalverbände die Aufforderung zur Abgabe des Bestandes der Anzüge ihrer Ehemänner nicht ergreifen lassen.

Die reichsgerichtliche Familienunterstützung. Vom Kriegsminister ist in einer neueren Verfügung darauf hingewiesen worden, daß nur Angehörige von Mannschaften Anspruch auf die reichsgerichtliche Familienunterstützung haben. Bei Beförderung zum Offizier und bei Ernennung zum Heeresbeamten sowie Beilegung mit einer Heeresbeamtenstelle auf Widerruf erlischt der Anspruch auf Familienunterstützung. Die Truppenteile und Behörden, bei denen die betreffenden Heeresangehörigen zur Zeit ihrer Beförderung oder Ernennung Dienst leisten, haben

zur rechtzeitigen Einstellung der Familienunterstützung den zuständigen Versorgungsverband sofort zu benachrichtigen. Alle seit Beginn der Mobilmachung ernannten Offiziere des Beurlaubtenstandes und Heeresbeamte a. W., deren Angehörige etwa noch Familienunterstützung beziehen sollten, sind angewiesen worden, die Versorgungsverbände selbst zu benachrichtigen. Hierzu hat der preussische Minister des Innern den Versorgungsverbänden noch erläuternd mitgeteilt, daß Dedoffiziere, unabhängig der Bestimmung, daß sie in Bezug auf Versorgungsansprüche den Offizieren gleichgestellt, zu Mannschaften der Marine gehören. Ebenso gehören Offizierstellvertreter zu den Mannschaften des Heeres. Ihre Angehörigen sind daher unterstützungsberechtigt.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Ferienstrafkammer. Ein alter Schwindel. Die Buchhalterin Eleonore No d r o h aus München gab hier an, sie könnte Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen beschaffen und ließ sich Vorschüsse darauf bezahlen, ohne daß sie die Abfertigung hatte, etwas zu liefern. Wegen Betrugs im Rückfalle wurde sie unter Einrechnung einer früheren Strafe zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus verurteilt. Die bereits verbüßte Strafe wird abgerechnet.

Wegen versuchter Abtreibung oder wegen Beihilfe dazu erhielt die Ehefrau Otto Herrmann aus Ziegen 9 Monate Gefängnis, abzüglich 7 Monaten Untersuchungshaft, die Witwe Ferdinand Petri aus Gochsheim 2 Monate Gefängnis, abzüglich eines Monats Untersuchungshaft, die Anna Zint aus Zöhligen 8 Monate Gefängnis, abzüglich 7 Monaten Untersuchungshaft, die Ehefrau Karl Eisler aus Wörsbach 2 Monate Gefängnis, die Ehefrau Josef Kormann aus Zöhligen 3 Monate Gefängnis, die Ehefrau Josef Dehm aus Gochsheim 3 Wochen Gefängnis und die Ehefrau Ludwig Petri aus Gochsheim 3 Wochen Gefängnis.

Ein Wähltling. Der Bäder Franz Josef Schleiter aus Gaggenau hatte sich an fünf Mädchen unter 14 Jahren vergangen. In der Gerichtsverhandlung versuchte er in den Hauptpunkten zu leugnen; er wurde aber durch die Aussagen der Kinder überführt. Das Gericht verurteilte ihn demgemäß wegen Verbrechen, strafbar nach § 176 Ziffer 3 des Strafgesetzbuches zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis abzüglich eines Monats Untersuchungshaft. In einem Falle erfolgte Freisprechung.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 6. August.

Was gemacht wird. Im heutigen Tagblatt findet sich folgende Anzeige:

Gut rentables Haus mit 8 9 Kleinwohnungen sofort zu verkaufen. Preis: 32 000 M. Miete 2000 M., bei H. Steigerung 23 000 M. Lage: Altstadt, nur 4 Minuten vom Marktplatz der Residenz, 2 Min. von Kaiserstraße. Gut. Objekt für Kriegsbekleidungs, Sändler oder Rentner. Schöne, helle Keller vorhanden. Nur Käufer, die 12 000—15 000 Mark anzahlen können, wollen Angeh. unt. Nr. 2427 ins Tagblattbüro einreichen.

Sonst heißt es immer, Mietshäuser rentieren nicht. Sobald aber ein Mietshaus verkauft werden soll, wird immer eine gute Rentabilität nachgewiesen. Dabei kann man in diesen Tagen deutlich sehen, wie trotz guter Rentabilität eine Mietsteigerung mifskalkuliert wird.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe — Bezirk Mittelstadt. Am Mittwoch, 7. August, abends 8 Uhr, findet in der Restauration „Hohentwiel“, Ecke Kirch- und Klauendrostrasse, eine Sitzung mit Ausdrache über die Weisliche des badischen Parteitagess statt. Wir bitten die Genossen und Genossinnen sowie die Volksfreundler, zahlreich zu erscheinen.

Schweinehändlerversammlung. Am Sonntag Nachmittag fand im Saale der „Vier Jahreszeiten“ eine von etwa 12 Schweinehändlern besuchte Versammlung statt, um über die durch den Krieg geschaffene Lage ihres Berufs Beratung zu pflegen und Beschluß zu fassen. Der Einberufer, Herr Karolus Reichen, hielt den einleitenden Vortrag und forderie die Weiterfreigabe des Schweineverkaufs für den Händler. Das Privileg für die Landwirtschaftskammer müsse baldigt beseitigt werden. Dies könne nur durch engen Zusammenschluß geschehen. Nicht die Händler und Schweinezüchter seien Schuld an den hohen Schweinepreisen, sondern ganz Jemand anders. Das was die Landwirtschaftskammer „amsonst“ gearbeitet, mache jeder Händler umsonst. (Allg. Bravo!) Wäre der Krieg nicht gekommen, nie hätte die Landwirtschaftskammer Millionen verdient.

Wie es mit den Millionen steht, die die badische Landwirtschaftskammer verdient haben soll, wissen wir nicht. Wir wissen nur soviel, daß mit den Ferkeln das Experiment der vollständigen Freigabe an die Händler bereits gemacht wurde, mit dem Erfolg, daß ein Wucher mit den Jungtieren getrieben wird, der kaum mehr zu überbieten ist. Der Handel, gleichviel welcher Branche, hat keine Ursache, sich groß aufzutun. Der Weinhandel ist z. B. auch „frei“. Man hat ihn bis jetzt nach Serpensfuß gehalten und walten lassen. Dafür sind vorläufig die Zeiten vorbei, daß sich der gewöhnliche Mann sein Viertel Wein leisten kann.

Verbot des Verkaufes von Rübenblättern. Mit Rücksicht auf das stärkere Auftreten von Ruhrerkrankungen in hiesiger Stadt hat das Gr. Bezirksamt — Polizeidirektion — den Verkauf von Rübenblättern (auch Zuderübenblättern) auf den Märkten und in sonstigen Verkaufsstellen hiesiger Stadt mit sofortiger Wirkung verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Haft bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

Geschäftswegweiser. Der Verkehrsverein gibt einen Wegweiser für Fremde heraus. Wegen des Näheren machen wir auf das Inserat in der heutigen Nummer aufmerksam.

Nahrungsmittelkontrolle. Im Laufe des Monats Juli 1918 wurden 3025 Kannen Milch geprüft und 47 Proben zwecks Untersuchung erhoben und an Gr. Lebensmittelprüfungsstation abgeliefert. Davon wurden beanstandet: 8 Proben als gewässert und eine als feittarm. Wegen Milchfälschung wurden 2 Lieferanten zur Anzeige gebracht. Eine Wirtin gelangte zur Anzeige, weil sie für Käse einen übermäßig hohen Preis verlangte.

Zur Frage der Abschaffung des Wildes schreibt man uns: In der „Bad Presse“ tritt ein Artikelschreiber dafür ein, daß der Abschluß des Wildes, statt erst am 1. Oktober, jetzt schon erfolgen solle, d. h. am 23. August beginnen. Abgesehen davon, daß zu dieser Zeit die Jagden vielfach noch brünnlich sind und beim Abschluß selbstredend der Nachwuchs mit eingerechnet ist, es dem Artikelschreiber in der Hauptsache darum zu tun, daß ein Teil der Bevölkerung in der fleischlosen Woche wenigstens Wild habe. Es wurde allerdings übersehen, zu bemerken, welcher Teil der Bevölkerung damit gemeint ist. Betreffender Herr setzt jedenfalls voraus, daß dies unschwer zu erraten ist, da für den gewöhnlichen Sterblichen noch kein Wildpret auf dem Markte erhältlich ist.

Giftige Beeren. Jetzt reist wieder eine Menge giftiger Beeren, die durch ihre farbiges, verlockendes Aussehen die nachsichtigen Kinder zum Genuß anlocken. Es ist daher dringend notwendig, daß die Eltern Gefahren, die ihren Lieblingen von diesen Giftpflanzen drohen, besonders Aufmerksamkeit zuwenden und vor den gefährlichen Früchten warnen. Besonders ist es die Tollkirsche, auf die wir aufmerksam machen. Sie findet sich in frisch abgeholzten Waldstücken, wo sie große Flächen überdeckt und die Augen schon von weitem auf sich zieht. Für lustige Kinder sind die glänzend-schwarzen Beeren gar verlockend, und es beruht selten ein Jahr, in dem nicht die kindlichen Fräulein die Frucht des Stachelbeers zum Genuß großes Unheil anrichten. Auch die Frucht des Stachelbeers wird gar zu gerne von den Kindern gepflückt. Sie spielen mit der klappernden Kapselfrucht, die wie der Mohr kleine schwarze Körnlein enthält, deren Genuß ähnliche Vergiftungserscheinungen hervorruft wie die Beeren der Belladonna.

Die Schweiz und der Oberrhein.

In der Nr. 104 (2. Morgenblatt) der „Neuen Zür. Zig.“ vom 2. d. M. kommt der schweizerische Ingenieur Dr. S. Vertschinger in einem u. E. sehr beachtenswerten Artikel auf die Stellung der Schweiz zu den deutschen Oberrheinprojekten zu sprechen, die am 1. Juli d. J. bereits den eidgenössischen Nationalrat eingehend beschäftigt hat. Dr. Vertschinger warnt vor Kompromissen mit Deutschland, wie sie auf der jüngsten Tagung des schweizerischen „Vereins für die Schifffahrt auf dem Oberrhein“ in Basel am 6. Juli d. J. von prominenten Rednern empfohlen worden seien und fährt dann fort:

„Die Schifffahrt Straßburg—Basel bedeutet nur eine einzelne Nahrung in dem großen Komplex von Fragen der Wasserwirtschaft des Rheins und darf auf keinen Fall für sich allein behandelt werden. In diesem Gesichtspunkt liegt die Stärke der schweizerischen Stellungnahme. Sobald man die Frage von diesem Gesichtspunkt aus beurteilt, erkennt man, welche wichtige Waffe die Schweiz in der Hand hält. Die Kompromisse, die man gegenwärtig in der Hand hält, die deutschen Interessen gewahrt werden können, ohne die unsrigen zu verletzen, und daß ein Verzicht auf die freie Rheinschifffahrt bis Basel hin auf unmöglich ist.“

Die allgemeine Verkehrslage der Schweiz der Zukunft wird gegenüber derjenigen vor dem Kriege verändert aussehen. Die französischen Häfen sind verbessert und ausgebaut worden. Die Verkehrsbeziehung erfolgt auf französischen Routen nach der Schweiz, an die sie sich gewöhnt hat. Der Verkehr von und nach überseeischen Ländern wird, wenn die Transportmittel vermehrt und die Rhone für die Schifffahrt ausgebaut ist, sich auf den Rhoneweg festlegen.

Für den schweizerischen Transit wird nach wie vor nur der Nord-Süd-Verkehr starke Bedeutung haben. Man sprechen alle Zeichen dafür, daß Deutschland sich mehr und mehr dem Rhein-Donau-Orientweg zuwenden und sein früheres Interesse an der Oberrheinschifffahrt, die dem Reich, in Verbindung mit gut ausgebauten schweizerischen Alpenbahnen, den Absatz in Italien erweitern könnte, zurückstellt. Man erkennt diese Wendung an nichts deutlicher, als an der rückhaltigen Stellungnahme der badiischen Regierung der Abwicklung des Wettbewerbs gegenüber zur Erlangung von Projekten für die Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis zum Bodensee. Da sich Italien an den ausschließlichen Bezug englischer und amerikanischer Massengüter gewöhnt hat, so ist zu befürchten, daß der Nord-Süd-Verkehr geschwächt wird. Um Ertrag zu schaffen, bleibt der Schweiz kaum etwas anderes übrig, als den Ueberseeverkehr so zu leiten, daß die zurückgehende Bahnstrecke im Ausland kürzer und im Inland länger wird. Dies wird erreicht durch die Verkehrsleitung längs oder auf der Rhone. Man erkennt aus diesen verkehrspolitischen Erwägungen, daß die Hemmung der Rheinschifffahrt, als welche die Kanalprojekte angesehen ist, für Deutschland ein zweischneidiges Schwert werden kann: der deutsche Absatz in Italien wird geschwächt, der schweizerische Ueberseeverkehr auf die Mittelmeerhäfen gedrängt und die Schweiz verkehrspolitisch nach Frankreich—Italien orientiert.“

Wir meinen, Herr Dr. Vertschinger beurteile die Stellung Deutschlands, speziell auch Badens, zu dem Oberrhein-

Problem doch recht einseitig, wenn er ihnen unterstellt, sie stellen ihr früheres Interesse an der Oberrheinschifffahrt zurück. Richtig ist unbedingt, daß für Deutschland, insbesondere auch für Baden, die wasserwirtschaftliche Seite des Komplexes der Oberrhein-Fragen die verkehrspolitische überwiegt: die Gewinnung von wohl einer halben Million Wasserkräften aus dem Oberrhein zwischen Reßl und Konstanz wird und muß für die künftige Wirtschaft unseres Landes wie des Reiches natürlich aus verkehrspolitischen naheliegenden Gründen von allergrößter Bedeutung sein. Wenn aber Herr Dr. Vertschinger selbst der Meinung ist, daß „die deutschen Interessen gewahrt werden können, ohne die schweizerischen zu verletzen“, warum dann der unverkennbar gereizte Ton gegen die deutsche Seite, die einem solchen Ausgleich der Interessen sicherlich kein Hindernis in den Weg legt? Die Gefahr der schweizerischen Orientierung nach Frankreich—Italien ist für uns gewiß nicht gering anzuschlagen, und unser Mannheimer Reichstagsabg. Oskar Ged hat auf sie sowohl auf der jüngsten Tagung der Sozialdem. Partei Badens zu Offenburg am Schluß seines Referats über die Reichspolitik nachdrücklich hingewiesen. Das Gewicht eines Argumentes aber, mit dem — wie es Herr Dr. Vertschinger anscheinend vertritt — Deutschland eingeschüchtert werden könnte, kommt ihm nicht zu. Wir sind derartigen Prestigeverluste auf deutscher Seite von allem Anfang an entschieden entgegengetreten und möchten dies jetzt auch gegenüber dem Schweizer Dr. Vertschinger tun. Für beide Teile am vorteilhaftesten dürfte letzten Endes immer noch der friedlich-schiedliche Ausgleich der Interessen sein, den Abg. Ged auf den genannten beiden Tagungen sowohl der maßgebenden Stellen in Berlin und Karlsruhe, wie jenen in Bern dringend empfohlen hat.

Briefkasten der Redaktion.

A. B., Kleinfeldbach, Wir haben Ihren Brief an unsern Landtagsabgeordneten Strobel in Mannheim weitergegeben.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 2,20 Meter, gest. 8 Zentimeter; Reßl 3,03 Meter, gest. 13 Zentimeter; Nagau 4,47 Meter, gest. 4 Zentimeter; Mannheim 3,46 Meter, gest. 10 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Adel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Kaiserstraße 24.

Grossherz. Hoftheater.
Die Spielzeit 1918/19 wird am Sonntag, den 25. ds. Mts. beginnen. An diesem Tage findet die erste Vorstellung in der Sonntagsmiete statt. Die erste Halbjahresmiete kam vom 7. bis mit 17. d. Mts., vormittags 10—1 Uhr an der Kartenverkaufsstelle des Hoftheaters einbezahlt werden; vom 19. ds. Mts. an beginnt der Hauszugang. Die erste Benefizvorstellung für die Hoftheaterpensionsanstalt (§ 16 des Vertrages) wird der Montag-Metabelteilung, die zweite der Donnerstag-Metabelteilung zugeteilt. Der Eintrittspreis für diese Vorstellung zu großen Preisen wird mit der ersten Halbjahresmiete erhoben. 4373

Kräftige Arbeiter
gesucht. 4356
Rosenfeld & Cie., Karlsruhe-Mühlburg
Neureutherstraße 5.

Leichte Arbeit
— **Zertrennen von Uniformen** —
zu vergeben. Anmeldungen an:
Beschäftigungsverein des Badischen Frauenvereins,
Englerstraße. 4359

Riesenspinat
Eskimo
neue vollständig winterharte Sorte, sehr spät aufsteigend, mit extra groß, dunkelgrünen Blättern, bringt höchste Erträge. 1 Portion Samen 20 Pfg., 10 Portionen 1.90, 50 Portionen 9 M., 100 Portionen 17 M.
Winter-Kopfsalat
„Eiskopf“, mit großen, festen Köpfen, vollständig winterhart. 1 Portion 30 Pfg., 10 Portionen 2.80 M., 50 Portionen 13 M., 100 Portionen 25 M.
Für beide Sorten jetzt beste Zeit zur Aussaat.
la Saatkümmel
1 Portion 90 Pfg., 10 Portionen 8.50, 25 Portionen 20.50 M., 100 Portionen 80 M.
Jetzt ist die richtige Zeit zur Aussaat.
Riesen-Stoppelrüben
Gleasant
sowohl als feinste Speise- und Futterrübe, wächst ungeheuer schnell. Exemplare à 20 Pfund schwer sind keine Seltenheit.
Jetzt Aussaat auf abgeerntete Getreide- und Kartoffelfelder.
1 große Portion 60 Pfg., 10 Port. 5.50 M., 25 Portionen 13 M., 100 Portionen 50 M.
Verland per Nachnahme.
Preisliste über andere Samenreien und Pflanzen sowie Erdbepflanzungen gratis.
A. Plötner
Großgärtnerei
Theßen Nr. 64 (Thüringen)
(Ueber 100 preuß. Morgen in Kultur.) 4358

Berkehrsberein
Karlsruhe e. B.
Einladung!
Wir beabsichtigen mit unserem demnächst erscheinenden Führer und mit unseren sonstigen Belegschriften über Karlsruhe einen **Bezugswegweiser**
herauszugeben und allen Fremden, die schriftlich oder mündlich Auskunft von uns begehren, unentgeltlich zu beistehen. Darin sollen, geordnet nach Geschäftszweigen und sonstigen Berufsgruppen, die Firmen und Personen aufgezählt werden, deren sich der Fremde bei Erledigung seiner Einkäufe und Anliegen bedienen möge. In erster Reihe sollen darin die Mitglieder unseres Vereines so aufgeführt werden, wie sie im Verzeichnis eingetragen sind (Veränderungswünsche werden berücksichtigt), gegen Zahlung eines Zeilenpreises von 1.00 M., andere Geschäfte unter der gleichen Bedingung, und sofern sie vorher die Mitgliedschaft in unserem Verein erworben (Jahresbeitrag mindestens 3 M.). Anmeldungen für den Bezugswegweiser und Belegstellen in der Auskunftsstelle Wahnhofplatz 4, im Zeitungshäuschen am Hotel Germania und brieflich an uns bis längstens 1. September erbeten, wofür auch Muster für den Wegweiser ausliegen.
Karlsruhe, 5. August 1918.
Der Vorstand. 4367

Bekanntmachung
über
Konfervenbüchsen aus Weißblech.
Der Bedarf der Heeresverwaltung an gebrauchten Konfervenbüchsen und sonstigen Gegenständen aus Weißblech oder verzintem Eisenblech ist immer noch sehr groß. Das Innere wird vor allem zur Herstellung von neuen Konfervenbüchsen für die Versorgung der kämpfenden Truppen mit Konferven gebraucht. Vaterländische Pflicht jeder Haushaltung, jedes Geschäftsbetriebes, jeder Gastwirtschaft, jeder Versorgungsanstalt usw. ist es, überflüssig gewordenen Konfervenbüchsen sofort abzuliefern.
Werden solche Gegenstände aus Weißblech in Mengen über 5 kg abgeliefert, so wird auf Wunsch eine Vergütung von 25 Pfg. für je 5 kg gezahlt.
Die Metallannahmestelle (Karlsruh. 30) ist werktäglich von 8—12½, und von 1/3—6 Uhr geöffnet.
Karlsruhe, den 5. August 1918. 4371
Das Bürgermeisteramt.

Dokumente zum Weltkrieg.
1. Das deutsche Weißbuch 0,85 M.
2. Das englische Weißbuch I 0,45 „
3. Das englische Weißbuch II 0,45 „
4. Das russische Orangebuch 0,35 „
5. Das belgische Graubuch 0,35 „
6. Das Gelbbuch Frankreichs I 0,55 „
7. Das Gelbbuch Frankreichs II 0,45 „
8. Das Gelbbuch Frankreichs III 0,45 „
9. Das österreichisch-ungarische Rotbuch 0,55 „
10. Das italienische Grünbuch I 0,55 „
11. Das italienische Grünbuch II 0,55 „
12. Das serbische Blaubuch 0,55 „
13. Das deutsche Weißbuch II, 1. Teil 0,65 „
14. Das deutsche Weißbuch II, 2. Teil 0,65 „
15. Das englische Blaubuch (Nachträge) 0,65 „
16. Aus dem belgischen Graubuch II (Nachträge) 1,—

Neueste Kriegskarte.
Allgemeine Frontkarte des W.T.B., Ausgabe 1918
umfassend die Fronten Nordsee (Nordsee) bis Belfort, Gardasee (Nabe Italien), Russland, Ukraine (hier ist die Linie eingezeichnet bis zu welcher unsere Truppen vorgezogen waren, sowie die im Friedensvertrag festgelegte Grenzlinie), und Kleinasien. Diese Karte hat den Vorzug, daß die letzten Stellungen durch eine kräftige rote Linie markiert sind und es so ermöglicht, jede Frontveränderung auf Grund der Tagesberichte einzusehen.
Der Preis von Mf. 1.— ist äußerst billig (Porto 10 Pfg.)
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24
Telephon 128.

Dehndgras
Versteigerung.
Am Samstag, den 10. August 1918, vorm. 8 Uhr, wird das Dehndgras-Ertragnis in der Darfander Wässerung gegen Barzahlung öffentlich versteigert.
Zusammentritt vorm. 8 Uhr an der Abschlusle beim Rheinshafen.
Städt. Gutsverwaltung
Karlsruhe-Rippurr.
Auskunft umsonst, bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch nerv. Ohrschmerz über uns. tausendfach bewährten Hörtrömmeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Aerztlich empfohlen. Glanz. Aneker. Versand München 20.

Heizer
per sofort gesucht. 4365
Badische Lebensmittelabrik
Louis L. Stern & Cie.
Karlsruhe.
Jüngere Mädchen
finden leichte Beschäftigung.
F. Wolff & Sohn G. m. b. H.
Abteilung Kartonnage. 4157

Schulentl. Mädchen
3 Std. tägl. zur Mittheile im Haushalt gesucht. (20 M. monatlich.) 4376
Frau Lebermann,
Waldbornstraße 18, II.
Rasier-Ringen
werden haarhart geschliffen.
Stück 10 Pfg. 8063
Kaiserstr. 53, Baden.
Ausgekämmte Frauenhaare
kauft 8062
Oskar Decker, Haarhandlung,
Kaiserstr. 32.
Taschenuhren
auch reparaturbedürftig, kauft
Levy, geschäftl.
Markgrafenstraße 22.

Der Mieterschutz.
Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegzeitlichen Bekanntmachungen über Einigungsämter, Zahlungsfristen, Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz von
Arbeitersekretär Fritz Dent.
Preis 30 Pfg. nach auswärts 35 Pfg. gegen Voreinsendung.
Zu beziehen von der
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Druckarbeiten
aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund.

Bekanntmachung

Über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1918.

Die Reichsgetreideordnung (Bundesratsverordnung vom 29. Mai 1918) und die Bad. Volksgesetzverordnung vom 18. Juli 1918 regeln für das Erntejahr 1918/19 den Verkehr mit Roggen, Weizen, Spelz, Emmer, Eintrorn, Gerste, Hafer, Mais (Belschorn), Erbsen (auch Futtererbsen), Bohnen (auch Ackerbohnen), Linen, Wicken, Lupinen, Buchweizen und Hirse.

Beide Verordnungen, die im Amtsverfünder vom 30. Juli 1918 („Karlsruher Tagblatt“ vom 30. Juli) abgedruckt sind, können im Marktamt bei den Gemeindefretären, der Kartenstelle und dem städt. Statistischen Amt (Bähringerstraße 98) eingesehen werden. Aus den Bestimmungen, die im wesentlichen die gleichen wie für das Erntejahr 1917/18 sind, heben wir für den Kommunalverband Karlsruhe Stadt folgendes hervor:

1. Das Getreide darf erst nach voller Reife geerntet werden. Wer unreifes Getreide abliefern, macht sich strafbar; außerdem erhält er weder den Höchstpreis noch die Frühdrufrprämie.

2. Verkäufe auf dem Markt sind nur mit unserer schriftlichen Genehmigung zulässig.

3. Wer Selbstverfänger werden will, hat entsprechenden Antrag auf vorgeschriebenem Vordruck zu stellen. Die Vordrucke sind bei den Polizeiwachen, bei den Gemeindefretären und bei dem städt. Statistischen Amt (Bähringerstraße 98) unentgeltlich erhältlich; sie sind bei den Gemeindefretären, der Kartenstelle (Festhalle), oder beim Statistischen Amt (also nicht auf den Polizeiwachen) spätestens am 10. August ausgefüllt wieder abzugeben. Die Anträge, die nicht ausdrücklich abgelehnt sind, gelten als genehmigt.

4. Jede Veränderung in der Zahl der vom Selbstverfänger mit Brot und Mehl versorgten Personen ist vom Selbstverfänger unverzüglich dem zuständigen Gemeindefretariat, für Alt-Karlsruhe der Kartenstelle (Festhalle) mitzuteilen.

5. Die Verarbeitung aller unter die Reichsgetreideordnung fallenden Früchte ist nur gegen Mahl- oder Schrotkarten gestattet. Die Mahlarten werden wie bisher für Alt-Karlsruhe einschl. Mühlburg bei der Kartenstelle (Festhalle), für die Vororte bei den Gemeindefretariaten ausgestellt, und zwar für höchstens 2 Monate. Sie sind nur innerhalb der auf ihnen verzeichneten Frist gültig.

6. Das Getreide darf nur bei der Mühle gemahlen werden, auf die die Mahlkarte lautet. Ein Wechsel der Mühle ist nur aus triftigen Gründen und mit ausdrücklicher Genehmigung der die Mahlarten ausstellenden Stelle gestattet.

7. Vor dem Verbringen des Getreides zur Mühle und des Mahlguts aus der Mühle sind die Säcke mit Anhängzetteln zu versehen, aus denen sich der Inhalt der Säcke nach Fruchtart und Gewicht sowie der Name und Wohnort des Selbstverfängers ergeben. Die Anhängzetteln haben an den Säcken zu verbleiben, bis die Erzeugnisse zum landwirtschaftlichen Betrieb zurückgebracht sind. — Anhängzetteln hat der Selbstverfänger beim Ausstellen der Mahlkarte anzufordern.

8. Auch der beim Mahlen des Getreides entstehende Abfall gehört dem Selbstverfänger.

9. Der Ueberbringer des Getreides und der Abholer der Mahlerzeugnisse haben in dem Mahlbuch des Müllers die Eintragungen des Müllers zu bescheinigen; sie sind neben dem Müller für die Richtigkeit der Eintragungen verantwortlich.

10. Den Selbstverfängern wird anheimgegeben, für die ihnen durch Entleeren des Getreides zum Zwecke der Deliegung entgehende Miete vom Müller eine Entschädigung zu fordern. Als angemessen werden von sachverständiger Seite 9 Pfg. für den Zentner Getreide bezeichnet.

11. Roggen und Weizen ist auch künftighin mindestens bis zu 94 %, Gerste mindestens bis zu 85 % und Hafer mindestens bis zu 50 % auszumahlen. Diese Mindestsätze gelten nur für Getreide, das zur menschlichen Ernährung verwendet werden soll — also nicht für Getreide (insbesondere Gerste und Hafer), das im zulässigen Umfange zur Verwendung als Viehfutter verschrotet oder sonst verarbeitet werden soll. Auch wird dadurch die Befugnis der Selbstverfänger zur Herstellung von Schrot, Branzen, Gerste oder Floeden aus den ihnen zur menschlichen Ernährung befallenen Mengen an Gerste und Hafer nicht berührt. — In Mühlen, die die obigen Ausmahlsätze nicht erreichen, dürfen hiesige Selbstverfänger nicht mahlen.

12. Selbstverfänger dürfen verbrauchen:

a) Zur Ernährung der von ihnen nach den bisherigen Bestimmungen mit Brot und Mehl zu versorgenden Hausangehörigen usw. vom 16. August 1918 ab auf den Kopf an:

Brotgetreide monatlich	9 kg
Gerste, Hafer und Mais monatlich insgesamt	2 „
Hülsenfrüchten (Gemenge, in dem sich Hülsenfrüchte befinden, gilt als Hülsenfrüchte) monatlich insgef.	1 „
Buchweizen für das ganze Wirtschaftsjahr insgesamt	25 „
Hirse für das ganze Wirtschaftsjahr insgesamt	10 „

b) Zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehs die vom Reichskanzler nach festzusetzenden Mengen. Sie dürfen nur in gesundem Zustand verfüttert werden, soweit nicht die städt. Futtermittelstelle (Festhalle) Ausnahmen gestattet.

c) Zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Heft an:

Winterroggen bis zu	155 kg
Sommerroggen bis zu	160 „
Winterweizen bis zu	190 „
Sommerweizen bis zu	185 „
Spelz bis zu	210 „
Gerste bis zu	160 „
Hafer bis zu	150 „
Mais bis zu	150 „
Großen Viktoria-Erbsen und an Ackerbohnen bis zu	300 „
Sonstigen Erbsen (auch Futtererbsen) und an sonstigen Bohnen bis zu	200 „
Linsen bis zu	100 „
Soatwiden bis zu	100 „
Lupinen bis zu	200 „
Mischfrucht entsprechend dem Mischungsverhältnisse der Früchte	100 „
Buchweizen bis zu	80 „
Hirse bis zu	80 „

13. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe erhalten so lange, bis ihnen die Selbstversorgung tatsächlich möglich ist, Brot- und Mehlkarten im gleichen Maße wie die übrigen Einwohner.

14. Wer sein Mehl zu früh verbraucht, erhält vor Ablauf der gezeichneten Frist auf seinen Fall weder einen neuen Mahl- noch Mehlkarte.

15. Für die Zeit der Körnerernte können landwirtschaftliche Arbeiter und Selbstverfänger — letztere aber nur, solange sie nicht 9 kg Brotgetreide für die Person im Monat verbrauchen dürfen — auf Antrag Schwerarbeiterzulagen erhalten, und zwar 75 Gramm Mehl auf den Kopf und Tag. Für die Zulage kommen aber nur solche Personen in Frage, die tatsächlich in der Landwirtschaft den ganzen Tag körperlich schwer zu arbeiten haben. Anträge sind in Alt-Karlsruhe bei der Kartenstelle (Festhalle) und in den Vororten bei den Gemeindefretariaten zu stellen.

16. Alle Anbauer der oben genannten Früchte sind verpflichtet, ihre Früchte sofort auszudreihen und alles, was nicht zur Selbstversorgung im gesetzlich zulässigen Maße nötig ist, an die Reichsgetreidestelle abzuliefern. Einkaufs-Kommissionär der Reichsgetreidestelle ist wieder die hiesige Futtermittel-Firma Wagner u. Sohn, Durlacher Allee 9.

Es ist abzuliefern:

- a) Brotgetreide und Gerste an die Gesellschaft Sinner in Grünwiesel,
- b) Hafer an das Kgl. Probiantamt, Kriegsstraße 222,
- c) Ueber Mais und Hülsenfrüchten stehen die Bestimmungen der Reichsgetreidestelle noch aus.

17. Vor allem ist unverzügliche Ablieferung von Brotgetreide und Wintergerste dringend erwünscht. Wer seine sämtlichen Vorräte an Wintergerste abliefern (einschl. der zum Selbstverbrauch in der eigenen Wirtschaft nötigen Mengen) erhält für die gesamte Ablieferung die Frühdrufrprämie und auf Antrag später von der Reichsgetreidestelle die zum Selbstverbrauch in der Wirtschaft bestimmten Mengen, soweit er sie nicht aus selbstgebaute Sommergerste entnehmen kann, zu dem Höchstpreise zurück, der 3. Zt. der Mischlieferung gilt.

18. Die Mengen, die jetzt nicht abgeliefert werden, werden später enteignet. Der Besitzer haftet dafür, daß sie bei der Entgegennahme in vollem Umfange noch vorhanden sind und sich in gutem Zustande befinden; er haftet also a. B. auch für Mäusefraß. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß eine nachträgliche Erhöhung der dem Unternehmer zu befallenden Mengen ausgeschlossen ist.

19. Die Höchstpreise für gutes, vollreifes Getreide aus der Ernte 1918 sind für 1 Zentner:

Roggen	16,75 M
Weizen, Spelz	18,75 M
Gerste	15,— M
Hafer	15,— M
Mais (Belschorn)	22,50 M
Buchweizen	25,— bis 40,— M
Hirse	30,— bis 48,50 M

Hülsenfrüchte:	
a) Erbsen	36,50 bis 40,— M
b) Ackerbohnen	35,— M
c) Sonstige Bohnen	42,50 bis 45,— M
d) Linen	45,— bis 47,50 M
e) Soatwiden (Vicia Sativa)	30 M
f) Lupinen	25 M
g) Gemenge von Hülsenfrüchten: Der Preis richtet sich nach dem Mischungsverhältnis.	

20. Außerdem wird folgende Frühdrufrprämie für Getreide (aber nicht für Hafer und Mais), Buchweizen und Hirse gezahlt, und zwar für den Zentner bis einschl.

15. Juli 1918	6 M
31. Juli 1918	5 M
15. August 1918	4 M
31. August 1918	3 M
15. September 1918	2 M
30. September 1918	1 M

Die Druschprämie für Hafer wird das Kriegsernährungsamt noch bekannt geben.

21. Pflicht eines jeden Landwirts ist es, das Getreide usw. sofort auszudreihen und umgebenes soviel als möglich abzuliefern. Wer dies tut, trägt dazu bei, die Volksernährung wieder zu verbessern und das Durchhalten zu erleichtern. Außerdem erhält er, je früher er abliefern, um so mehr Entschädigung, da das Getreide durch Lagern an Gewicht verliert und die Druschprämie allmählich kleiner wird.

22. Wer mehr verbraucht, als ihm bestimmungsgemäß zusteht, hat Befreiung und Entziehung des Rechts der Selbstversorgung zu gewärtigen.

23. Restlose Erfassung der nicht freigegebenen Vorräte, sparsame Haushaltung mit dem Getreide und scharfe Ueberwachung der Selbstverfänger und der Mühlen ist unbedingt nötig, damit auch im 5. Kriegsjahre das wirtschaftliche Durchhalten ermöglicht wird. Wir erwarten, daß uns die hiesigen Landwirte bei der Durchführung unserer Aufgaben über den Verkehr mit Getreide usw. mit bestem Willen nach Kräften unterstützen.

Karlsruhe, den 2. August 1918. 4361
Das Bürgermeisteramt.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 108—123 einschl. von Mittwoch, den 7. bis Freitag, den 9. August einschl. an die eingetragene Kundliste gegen die Lebensmittelmarte J Nr. 91, Kopfmenge ¼ Pfund. Preis 1 M. für das Pfund. 4369
Karlsruhe, den 5. August 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Jedes Quantum

Zumpen, Knochen, Alteisen, Metalle (soweit beschlagnahmefrei)

Altpapier

wie Akten, Geschäftsbücher, Kontoforrent, Registraturen, Packpapier

kauft unter Garantie des Einstampfens

Jakob Schneller

Rohprodukten
Karlsruhe, Durlacherstraße 34.
Telephon 1597. 3470

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 6. August 1918, ½ 8 Uhr 4372

Drei alte Schachteln

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Karlsruhe.

Die Krankenunterstützung wird Samstag vormittags von 9 bis 11 Uhr ausbezahlt.

Nur bei Gesundheitsmeldungen unter der Woche kann die Unterstützung auch Freitags abends von 6 bis 8 Uhr abgehoben werden. 4325
Die Ortsverwaltung.

Wie kann man mit wenig

Einmachzucker?

ankommen!

Dieses wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftspraktikum beim gegenwärtigen empfindlichen Zudrang nach findet seine Lösung durch Frau Amtsrat Rose Stolle's beliebtes Einmachbuch:

Das Einmachen der Früchte u. Gemüse

sowie die Bereitung von Fruchtästen, Gelees, Marmeladen, Obstweinen, Essig usw. nach neuesten Grundsätzen, vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tonner, lehr durch 320 Einmach-Rezepte wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Vermeidung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratsschläge zur billigen und einfachen Selbstbereitung von haltbarem Obst- u. Brotsaft. Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reich illustrierten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

65 000 Exemplare in 14 Auflagen

verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur 1,20 M. Nach auswärts 15 Pfg. Porto.

Zu haben auf der

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24, Tel. 128.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 3852

Geschirre-Reparaturanstalt Körnerstr. 38, im Hof-Telefon 1421.

Städtischer Stellennachweis für Kaufleute, Techniker und Büro-Angestellte.

Personen männliche Abteilung: 6638, weibliche Abteilung: 940.

Wir benötigen fortwährend tüchtiges, eingearbeitetes Personal beiderlei Geschlechts auf Kanzleien von Behörden, für kaufmännische und Fabrikbüros, für Militärbüros usw. Bewerbungsverfahren stellen wir zum Ausfüllen kostenlos zur Verfügung. 4368

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Bähringerstr. 100, 2. St.

Mädchen u. Frauen

für leichte saubere Arbeit sofort gesucht, für Nachtschicht von 6 bis 12 Uhr. 4366

Hans Dieffenbacher,

Papierfabrik, Gerwigstraße 53.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehilfen. Johann Reichmann von Donaueschingen, Inspektionsbeamter hier, mit Veria Mittinger von Kochertürn. Hermann von Einbach, Schmied in Haslach, mit Frieda Walter von Freiburg. Karl Durian von hier, Buchdruckmaschinenmeister hier, mit Sofie Luffensamer von Nördlingen. Heinrich Wolf von Eppendorf, Schmied hier, mit Emma Schrupf von Mellingen. Karl Dürr von Egenstein, Tagelöhner hier, mit Barbara Gerber von Benzleben. Wilh. Enghofer von hier, Goldarbeiter in Damburg, mit Paulina Erhard von Damburg. Rud. Gütler von Mellingen, Kaufmann in Basel, mit Elisabeth Vossinger in Rastatt. Geburten. Gertrude Emma, v. Paul Kolodziej, Maschinist. Elisabeth Julie, v. Johann Klaus, Amtsktular. Leonore, v. Pietro Galli, Diplom-Ing. Anneliese Erta, v. Wilhelm Heinrich, Schlosser. Maximilian Albert, v. Adam Fischer, Fabrikarbeiter. Heinrich, v. Heinrich Volz, Buchbinder.

Todesfälle. Margarete, alt 6 J., v. Franz Martin, Betriebsassistent. Helmut, alt 4 Mon., v. August Preis, Bapensführer. Theodor Preis, Schneidermeister, Ehemann, alt 64 J.